DEMO-ONLINE.DE

69. JG | A02125 EINZELPREIS **6,00 €**

DEMO

09/10 **2017**

VORWÄRTS-KOMMUNAL ■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MAGAZIN FÜ

Brandenburg
Landes-SGK
Extra
Heftmitte

DIGITALISIERUNG IN DEN KOMMUNEN

Der Schlüssel zur Zukunft

Wie der Weg zur Kommune 4.0 gut und sicher gestaltet werden kann

BLICKPUNKT

Bundestagswahlkampf 2017

FOTO: DPA/MARY ANNE SMITH

LÖWEN GRUPPE

ADMIRAL SPIELHALLE

Spielerschutz inbegriffen!

ADMIRAL Spielhalle ist Partner der Gesellschaft für Spielerschutz und Prävention (GSP) und setzt durch den Einsatz von Präventionsberatern bundesweit einen aktiven Spielerschutz auf höchstem Niveau um. Die akademisch geschulten Präventionsberater sind Ansprechpartner für unsere Spielgäste und Servicemitarbeiter/ -innen bei allen Fragen zum Spielerschutz.

Die mehr als 450 staatlich konzessionierten ADMIRAL Spielhallen werden freiwillig nach dem TÜV Rheinland-Standard „Regelmäßig geprüfte Spielstätte“ zertifiziert.

ADMIRAL – die sichere Wahl

Hier finden Sie weitere Informationen:

Wir unterstützen

GSP GESELLSCHAFT FÜR SPIELERSCHUTZ UND PRÄVENTION

SPIEL BEWUSST.DE

www.loewen-gruppe.de

ADMIRAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

unsere Welt wird immer stärker digital geprägt, da müssen die Kommunen im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger mitziehen. Auch wenn sie dabei nicht vergessen dürfen, dass es Menschen gibt, die sich mit dieser Technik nicht anfreunden können – mitunter sind sie zu alt, um sich in dieser Revolution des 21. Jahrhunderts noch zurechtzufinden. Für diese Bürgerinnen und Bürger muss eine direkte Ansprache von Mensch zu Mensch auch immer möglich bleiben. Doch das wissen die kommunal Verantwortlichen.

Wir zeigen in dieser DEMO, was in Sachen Internetverwaltung schon alles gemacht wird und was die Städte, Gemeinde und Landkreise für ihre Bevölkerung noch auf den Weg bringen wollen. Bremen ist hier ein gutes Beispiel, denn der Stadtstaat treibt die Digitalisierung seiner Verwaltung voran. Das schafft für viele Bürger enorme Vorteile: keine Termine mehr für das Bürgeramt besorgen, weniger Wartezeiten – und nicht zuletzt mehr Transparenz bei dem, was die Kommune plant und umsetzt. Und wenn es der SPD gelingt, in den nächsten Jahren auf einem „Deutschlandportal" die meisten Prozesse und Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen gebündelt zugänglich zu machen, ist das ein Riesenschritt für mehr Bürgerservice.

Die SPD sorgt mit Nachdruck dafür, dass Deutschland den Anschluss an das digitale Zeitalter nicht verpasst, nachdem Schwarz-Gelb in den Jahren 2009 bis 2013 dieses Thema schlicht verschlafen hat. Die SPD ist aber auch „die Anwältin der Kommunen" im Bund, wie SPD-Chef und Kanzlerkandidat Martin Schulz im DEMO-Interview unterstreicht. Und er weiß als ehemaliger Bürgermeister noch sehr genau, wo in den Gemeinden der Schuh drückt. Die Bundestagskandidatinnen und -kandidaten, die von der kommunalen Ebene aus den Sprung ins Bundesparlament planen, werden in ihm einen guten Verbündeten haben.

Auf einen erfolgreichen Wahlsonntag!
Herzlich

Karin Nink, Chefredakteurin

Fotos: Dirk Bleicker

Titel
Kommune 4.0 – Chancen der Digitalisierung

4 **„Die Digitalisierung spielt eine zentrale Rolle" |** Interview mit dem Bürgermeister und Präsidenten des Senates von Bremen, Carsten Sieling
6 **Verwaltungshandeln der Stadt sichtbar machen |** Beispiele für Open-Data-Strategien in Kommunen
8 **Noch viel zu tun |** Breitbandausbau in Deutschland
10 **Ein Portal für alle und alles |** Das neue Online-Zugangsgesetz und die Folgen für Kommunen
12 **Vernetzt miteinander leben |** Quartiersentwicklung digital in Dortmund
13 **Die Gedächtnisse der Regionen |** Die Landes- und Kreisarchive werden langsam digital – Beispiel Osterholz
14 **Digitale Ratsarbeit |** Was gute Ratsinformationssysteme auszeichnet
16 **Bürgerdienste mit digitaler ID |** Die Schweizer Gemeinde Zug ist Vorreiter
17 **Kleine Lotsen in der Tasche |** Für Touristen und Einwohner gibt es immer mehr Info-Apps
18 **Mit wenigen Klicks zum Kommunalkredit |** Online-Plattformen vermitteln Finanzierungen
19 **Ein Kulturwandel ist nötig |** Die SPD will die Kommunen auf dem Weg zu Digitalisierung und modernem Open Government unterstützen

4

20

Blickpunkt
Bundestagswahl 2017

20 **„Die SPD ist die Anwältin der Kommunen" |** Interview mit dem SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz
22 **Für starke Städte, Gemeinden und Kreise |** Die Bundes-SGK benennt zehn Argumente, die dafür sprechen, bei der Bundestagswahl 2017 die SPD und Martin Schulz zu wählen
23 **Das Ziel ist der Bundestag |** Kommunalpolitikerinnen und -politiker kandidieren für den Bundestag – die DEMO hat gefragt, was sie bewegt

Report
Wirtschaftsförderung und Standortpolitik

26 **„Digitale Einkaufsstadt" |** Damokles-Schwert oder Investition in eine erfolgreiche Zukunft?
28 **Von der Stätte der Niederlage zum neuen Stück Stadt |** In Essen entwickelt RAG Montan Immobilien neue Ideen für nicht mehr genutzte Standorte des Bergbaues
30 **„Ein aktiver Beitrag für den Strukturwandel" |** In Dortmund entsteht ein hochmodernes Logistikzentrum
32 **Auf dem Weg zu Hessens kleinster Großstadt |** Wie in Hanau ein Kasernengelände zum neuen Stadtquartier wird
34 **Urbane Kunst als Faktor für die Stadtentwicklung |** Street-Art setzt bei der Revitalisierung eines Industriegeländes in Schwäbisch Hall Akzente
36 **Sechs-Punkte-Plan für Mobilität |** Der öffentliche Verkehr braucht eine entschlossene Politik für mehr Wachstum und Innovationen

24 **News | Fünf Fragen an Frank Baranowski, den Vorsitzenden der Bundes-SGK**
25 **News | Ein Pakt für den demografischen Wandel – Beispiel Saarpfalz-Kreis**
37 **Bücher | Wahlen | Termine**
38 **Das Letzte | Vorschau | Impressum**

„Die Digitalisierung spielt eine zentrale Rolle"

Der Bremer Senat ist auf dem Weg zur „Verwaltung 4.0." Bürgermeister und Präsident des Senates Carsten Sieling geht es um einen Service für Bürger und Unternehmen, der die Chance der technischen Entwicklung nutzt

Interview Karin Billanitsch

Kommune 4.0 – Chancen der Digitalisierung

Zu den Zielen der Bremer IT-Strategie gehören die Einführung der e-Akte und eines Dokumenten-Management-Systems. Wie ist der Stand der Dinge?
Die Arbeit in der öffentlichen Verwaltung von Papier auf die elektronische Akte umzustellen, ist eine der umfassendsten Umstrukturierungen der vergangenen Jahre! Seit dem Beschluss des Senates im Dezember 2012 haben wir vieles erreicht: Die Justizbehörde und das Wissenschaftsressort arbeiten beispielsweise ausschließlich mit der elektronischen Akte und unserem Dokumenten-Management-System. Auch in der Senatskanzlei und vielen anderen Dienststellen gehört das DMS zum Arbeitsalltag. Gleichzeitig gibt es noch vieles zu tun. Wichtig ist: Es geht nicht allein um eine „Elektronisierung" der Akten, sondern es müssen zugleich Arbeitsabläufe und Kommunikationswege überprüft und angepasst werden. Digitalisierung im guten Sinn geht mit einer Optimierung der Arbeitsprozesse einher – das ist eine anspruchsvolle Aufgabe.

Und welcher ist der nächste Schritt?
In unserem Modernisierungsprogramm „Zukunftsorientierte Verwaltung" spielt Digitalisierung eine zentrale Rolle. Mit der Digitalisierungsstrategie „Verwaltung 4.0" hat der Bremer Senat – als nächsten Schritt nach der Einführung der elektronischen Akte – die vollständige Digitalisierung der verwaltungsinternen Bearbeitungs- und Abstimmprozesse beschlossen. Die Auswirkungen sollen jedoch nicht nur verwaltungsintern spürbar werden. Mir geht es um einen Bürger- und Unternehmensservice, der die Chance der technologischen Entwicklung nutzt. Ich denke an den elektronischen Datenaustausch zwischen Behörden, Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen, an Transparenz, Sicherheit und eine zukunftsfähige IT-Organisation für Bremen.

Welche Probleme stellen sich während eines solchen Prozesses?
Die größte Herausforderung ist die vollständige medienbruchfreie Umstellung des Arbeitsprozesses von der Papier- auf die elektronische Akte. Derzeit gibt es noch wenig standardisierte Arbeitsabläufe. Denken Sie dabei an die breite Anwendungspalette der öffentlichen Verwaltung: Von der Fortbildungsplanung über das Beteiligungsmanagement, die Bearbeitung von Ordnungswidrigkeitsverfahren bis zu ressortübergreifenden Projekten müssen Nutzerinnen und Nutzer Art und Umfang der Zusammenarbeit neu denken und ausgestalten. Das ist ein laufender Prozess – manche Lösungen werden erst dann geschaffen, wenn die konkrete Anforderung auftaucht.

Haben sich dadurch die erwarteten Kosteneinsparungen ergeben?
Vorab: Bei der flächendeckenden Einführung des elektronischen Dokumenten-Management-Systems geht es nicht allein um Kosteneinsparungen, sondern darum, eine ordnungsgemäße Verwaltungsarbeit im Zeitalter der Digitalisierung sicherzustellen. Die erwarteten Zeit- und Kosteneinsparungen sind zudem erst dann vollständig realisierbar, wenn die flächendeckende Nutzung erreicht wird. Wie hoch die Einsparungen nach der Umstellung auf die elektronische Akte konkret ausfallen, werden wir evaluieren.

In einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung gehen wir grundsätzlich davon aus, dass es eine tägliche Zeitersparnis und Arbeitserleichterung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geben wird. Elektronische Aktenführung heißt auch: keine Laufwege mehr zu den Akten, keine Aktenwagen, keine Raumkapazitäten zur Aufbewahrung. Allein im Migrationsamt gibt es beispielsweise 1,2 Kilometer Aktenbestände bei circa 100.000 laufenden Akten! Die Aufbewahrung braucht Raum, der Transport Zeit – beides fällt mit der e-Akte weg.

Im IT-Bereich lassen sich Einsparungen oft durch Kooperationen erreichen. Welche Kooperationen hat das Land Bremen vereinbart?,
Das Thema der Verwaltungskooperationen liegt mir persönlich sehr am Herzen! Gemeinsam mit fünf weiteren Bundesländern ist die Freie Hansestadt Bremen Trägerland des IT-Dienstleisters Dataport. Neben den IT-Dienstleistungen für die Landesverwaltung Bremens nimmt Dataport diese auch für die Landesverwaltungen von Hamburg und Sachsen-Anhalt, für die Landesverwaltung und einige Kommunalverwaltungen Schleswig-Holsteins und für die Steuerverwaltungen von Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen wahr. Durch diese Zusammenarbeit können Synergiepotenziale erzielt werden. Außerdem werden Qualität und Sicherheit des IT-Betriebes erhöht und, wo immer möglich, ersetzen einheitliche Verfahren Insellösungen. Da-

Bürgermeister Carsten Sieling im Gespräch

FOTO: DIRK BLEICKER

ZUR PERSON

Carsten Sieling stammt aus Nienburg/Weser, wo er 1959 geboren wurde. Nach Abschluss der Mittleren Reife absolvierte er eine Ausbildung zum Industriekaufmann und studierte im Anschluss über den zweiten Bildungsweg von 1982 bis 1988 Volkswirtschaft. Bei der Bremer Arbeiterwohlfahrt leistete er dann bis 1989 seinen Zivildienst ab. In die SPD trat er bereits im Jahr 1976 ein

Der Diplom Ökonom wurde nach beruflichen Stationen an der Uni Bremen und bei der Arbeiterkammer Bremen 1993 Mitglied des Landesvorstandes der SPD in Bremen. Berufsbegleitend promovierte Sieling im Jahr 1999.

1995 wurde er Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, wo er zeitweise Bau- und verkehrspolitischer Sprecher war. Von 2005 bis 2009 stand er an der Spitze der SPD-Fraktion, bis er in den Bundestag wechselte. Seit dem 15. Juli 2015 ist er Bürgermeister und Präsident des Senates der Freien Hansestadt Bremen, Senator für Kultur und Senator für Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften. *(KB)*

„Das Thema der Verwaltungskooperationen liegt mir sehr am Herzen“: Bremens Stadtoberhaupt Carsten Sieling vor dem Rathaus

neben erzielen wir außerdem Einsparungen durch gemeinsamen Einkauf (z.B. von Hardware und Lizenzen) über Mengenrabatte. Bremen kooperiert zudem über den IT-Planungsrat mit Bund und Ländern im wichtigen Bereich der Standardisierung. Auch in spezifischen Fachgebieten gibt es Kooperationen: Beispielhaft nennen möchte ich die Steuerverwaltung, bei der die Software für das Besteuerungsverfahren vereinheitlicht und weiterentwickelt wird oder die länderübergreifende Zusammenarbeit im Nordverbund im Bereich Geodaten und Vermessungswesen.

SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz hat bei der Vorstellung des Zukunftsplanes für Deutschland gefragt: „Warum gibt es die meisten Formulare nicht online? Warum muss man beim Wohnungswechsel vielerorts zum Bürgeramt laufen?“ Wie digital ist Bremen bei der Kommunikation mit seinen Einwohnern aufgestellt?

Die Frage ist berechtigt. In Bremen haben wir viel erreicht: Vor allem der Informationsbereich ist komplett online. Auf service.bremen.de und den Webseiten der Ressorts sind mehr als 630 Dienstleistungen der Verwaltungen auffindbar, inklusive Ansprechpartner, Öffnungszeiten der zuständigen Behörden und ihrer Erreichbarkeit. Dabei nutzt Bremen einerseits bundesweit standardisierte Vorlagen aus dem Föderalen Informationsmanagement (FIM), dem Leistungskatalog Leika sowie dem 115-Verbund. Andererseits stellt Bremen den Datensatz seiner Dienstleistungen ebenfalls als Open Data zum Download zur Verfügung. Anbieter von Apps und anderen Webseiten können diese einbinden. Für Unternehmen und professionelle Klienten der Verwaltung, insbesondere Rechtsanwälte und Notare, gibt es zudem schon eine Reihe von elektronischen Dienstleistungen. Dazu gehören die Umsatzsteuervoranmeldung und die Handelsregistereinträge, die sogar ausschließlich elektronisch erfolgen.

Wie erreicht die Kommune jene Menschen, etwa Ältere, die das Internet nicht oft nutzen?

Neben den elektronischen Dienstleistungen wird nach wie vor der persönliche oder telefonische Kontakt entscheidend sein. Unter der einheitlichen Nummer 115 erreichen alle Bürgerinnen und Bürger das zentrale „Bürgertelefon Bremen“ (BTB). Anrufende werden beraten, es werden (Teil-)Dienstleistungen bereits telefonisch erledigt oder die Anrufenden werden an die zuständigen Stellen weitergeleitet. Ich bin stolz darauf, dass wir mit dem Bürgertelefon einen hochwertigen Service bieten. Unsere Auswertungen zeigen, dass 60 Prozent der Anfragen innerhalb von drei Minuten beantwortet werden können. Bei Anliegen, auf welche die Kolleginnen und Kollegen selbst keine Antwort haben, erhalten die Bürger eine Rückmeldung innerhalb von 24 Stunden.

Daneben sind unsere Bürgerämter weiterhin Anlaufstelle für persönliche Beratung und komplexe Dienstleistungen und für alle, die die Online-Dienstleistungen nicht in Anspruch nehmen wollen oder können. Viele Dienststellen der bremischen Verwaltung bieten online auch Inhalte in „Leichter Sprache“.

„Die größte Herausforderung ist die vollständige medienbruchfreie Umstellung des Arbeitsprozesses von der Papier- auf die elektronische Akte.“

Bürgermeister Carsten Sieling

Digitalisierung in der Kommune ist mehr als E-Government. Bremen betreibt – als eines der ersten Bundesländer – ein Open Data-Portal. Welche Datensätze werden häufig genutzt?

Die TOP 4 der nachgefragten Datensätze sind das Straßenverzeichnis der Stadt Bremen, die Karteninhalte von GeoInformation Bremen, die „Vorausschätzung: Natürliche und räumliche Bevölkerungsbewegungen nach Geschlecht 2030 in Bremen“ und der Datensatz zur Bevölkerung nach Migrationsstatus, Geschlecht und Altersgruppen.

Gibt es – aus Ihrer Sicht – besonders nützliche Anwendungen, die entwickelt wurden?

Ja, die gibt es: z.B. „Kindergarten in deiner Nähe“. Sie ist eine von mehr als 630 Dienstleistungen der Verwaltungen, die auf service.bremen.de und den Webseiten der Ressorts auffindbar sind. Auch den „HS Bremen Guide“ finde ich nützlich, das ist ein Guide für die Hochschule Bremen mit Stunden- und Gebäudeplan sowie den Kontaktdaten der Dozenten.

Hat Bremen auch selbst Anwendungen entwickelt, um die Daten zu monetarisieren?

Das Statistische Landesamt Bremen bietet als Online-Auskunft das Straßenverzeichnis der Stadt Bremen an. Es gibt die EFRE-App zum Entdecken, Erkunden und Dokumentieren des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und der geförderten Projekte im Land Bremen. Das WFB-Erlebnismagazin für Bremen und Bremerhaven bietet als Magazin-App Ausflugs- und Veranstaltungstipps für Bremen und Bremerhaven. Der SKB-Schulwegweiser Bremen hilft, die die gewünschte Schule zu finden. Und dabei geht es uns nicht darum, damit Geld zu verdienen. Das überlassen wir der Wirtschaft. Die Bremer Verwaltung entwickelt eigene Apps nur in Ausnahmefällen.

Die Vision von der papierlosen Verwaltung gibt es schon lange. Wie halten Sie es persönlich mit dem papierlosen Büro?

Als Bürgermeister kann ich mich vor Papieren schwer retten. Darum gilt für mich: Gerne so papierlos wie möglich! Und natürlich wird es immer auch Sachen geben, die ich lieber in Papierform habe – Bücher zum Beispiel.

Mehr Informationen Die Langfassung des Gespräches finden Sie unter demo-online.de

FOTO: DIRK BLEICKER

Verwaltungshandeln der Stadt sichtbar machen

Stärkere Öffnung der Ämter, mehr Einblick und Zugang für die Bürger: Einige Städte und Landkreise sind bei Open Government besonders kreativ – die Modellkommune Brandis zum Beispiel oder Gelsenkirchen, wo ein Open-Data-Portal gestartet wurde

Autoren Harald Lachmann und Maicke Mackerodt

Selbst in deutschen Rathäusern kursiert zunehmend englisches Vokabular. Spricht man etwa von Open Government, meint dies die Öffnung der Verwaltungsstuben, um so den Bürgerinnen und Bürger mehr Zugang und Einblick zu ermöglichen. Doch die gläserne Ämterstruktur, wie überhaupt das Bürgerrecht auf Informationsfreiheit, will auch gelernt sein. Eher erleben Demokratieaktivisten „vielerorts noch die alte Amtsverschwiegenheit", wie man etwa bei der Berliner Open Knowledge Foundation rügt. Dabei benötige eine funktionierende demokratische Gesellschaft zunächst einmal „Transparenz, demokratische Kontrolle und freien Zugang zu staatlichen Daten und Informationen sowie die Möglichkeit, diese mit anderen Bürgern zu teilen", heißt es bei dem Verein, der gegenwärtig entsprechende EU-Förderprojekte betreut.

Flickenteppich in Deutschland

Doch allein in punkto Informationsfreiheit zeigt sich Deutschland noch als Flickenteppich. Bereits im Jahr 1998 verabschiedete Brandenburg als erstes Land ein Informationsfreiheitsgesetz (IFG), auf dessen Basis jedermann ohne Angabe von Gründen staatliche Dokumente nachfragen darf. Im Jahr 1999 folgte Berlin, 2000 dann Schleswig-Holstein. Auch der Bund besitzt seit 2006 solch ein Gesetz, nicht aber Bayern, Hessen, Niedersachsen und Sachsen. Stets wird es hier durch die Union blockiert.

Im Grunde bildet die Republik gar schon eine Drei-Klassen-Gesellschaft aus Ländern ohne Informationsfreiheit, solchen mit IFG sowie Hamburg und Rheinland-Pfalz, wo bereits ein noch weiter reichendes Transparenzgesetz gilt. Auf dessen Basis müssen Behörden ihre Dokumente sogar von sich aus ins Netz stellen.

Vor diesem Hintergrund startete der Bund im Februar gemeinsam mit Städtetag, Landkreistag und Städte- und Gemeindebund das Pilotprojekt „Modellkommune Open Government". Alle 2060 Städte und 294 Landkreise waren aufgefordert, sich dafür zu bewerben – doch ganze 26 taten es schließlich. Offenkundig sähen die Verwaltungen „Open Government bislang kaum als tagesaktuelle Aufgaben" an, hieß es seitens der Jury, die dennoch neun Modellaspiranten auswählte.

„Mit-Mach-Stadt" Brandis

Neben viermal Nordrhein-Westfalen – Köln, Bonn, Moers, Merzenich – sind auch Niedersachsen mit Oldenburg, Baden-Württemberg mit Tengen und Sachsen mit Brandis vertreten. Hinzu kommen der hessische Landkreis Marburg-Biedenkopf und der Saalekreis in Sachsen-Anhalt. Alle werden für zwei Jahre mit je 50.000 Euro beim Erarbeiten und Umsetzen von mehr Behördentransparenz unterstützt.

Brandis gehört hierbei für Außenstehende zu den Überraschungen. Doch nachdem der politische Seiteneinsteiger Arno Jesse (SPD) im Jahr 2013 auf Anhieb mit gut 64 Prozent ins Bürgermeisteramt gewählt wurde, hatten Insider die 10.000-Seelen-Kommune schnell auf dem Schirm. So wurde Brandis bereits 2014 „Sächsische Innovationskommune". Denn die Stadt ersann eine Reihe kreativer Projekte, um über digitale Kanäle Bürgerteilhabe zu stimulieren. So kann seit Einführung eines neuen Ratsinformationssystems jeder Einwohner per Mausklick den Terminkalender der Stadtgremien einsehen, können auf alle öffentlichen Sitzungsunterlagen zugreifen und über Protokolle auch deren Ergebnisse studieren. Daneben testete Brandis eine Bürgerbeteiligung per Online-Voting, etwa zur Einzelhandelsstruktur.

Strebt einen Kulturwandel in der Verwaltung an: Arno Jesse (SPD)

> **Die Bürger-App soll mobile und punktgenaue Informationsplattform werden.**
>
> Bürgermeister Arno Jesse

Die Stärkung jener „Mit-Mach-Stadt", wie Jesse sie anstrebt, ist nun auch erstes Anliegen beim Open-Government-Pilotprojekt. Der Rathauschef will weiter die Innenstadt aufwerten, hierzu die Zugangs- und Teilnahmemöglichkeiten der Bewohner „zielgruppengerecht" ausdehnen und zudem den begonnenen „Kulturwandel innerhalb der Verwaltung" verstetigen. Als Werkzeuge hierfür nennt Jesse eine Bürger-App, die „mobile und punktgenaue Informationsplattform" werden soll, ein Café Communale, in dem man mit ihm an jedem zweiten Donnerstag im Monat auch unangemeldet ganz zwanglos plaudern kann, und eine Letterbox. In diesen schlichten Holzkasten werfen die Einwohner Postkarten mit „Frust oder Freud", die dann umgehend digitalisiert und auf das städtische Beteiligungsportal übertragen werden. Diese Innovation speziell für nicht so online-affine Zeitgenossen stellte Brandis sogar auf der Computermesse Cebit aus. Von dem Open-Government-Modellvorhaben verspricht sich Jesse zugleich Erkenntnisse, „wann, wie und wo diese Werkzeuge eingesetzt werden sollten und ob sie für alle Personenkreise tauglich sind".

Vorreiter ist die sächsische „Mit-Mach-Stadt" Brandis. (Foto: Marktplatz und Rathaus)

FOTOS: HARALD LACHMANN

Weitblick beweist die Stadtverwaltung Gelsenkirchen, indem sie viele ihrer kommunalen Daten für die Öffentlichkeit geöffnet hat. (Foto: Hans-Sachs-Haus – Rathaus und Verwaltungssitz)

FOTO: EUROLUFTBILD.DE, HANS BLOSSEY / DPA

Gelsenkirchen wird transparent

Die Stadtverwaltung Gelsenkirchen hat im Frühjahr dieses Jahres – symbolisch – die Schlösser auf ihren kommunalen Daten – geöffnet. Jeder hat jetzt Zugang zu den Daten der Stadt im zentralen Ruhrgebiet, sei es über Kindergärten, Schulen, Spielplätze, Parkanlagen oder den Altersdurchschnitt in einem Stadtteil. Zum Start stellte Gelsenkirchen 70 Datensätze auf ihrem Open-Data-Portal zur freien Verfügung. „Die Daten Deiner Stadt gehören Dir", heißt es auf der Gelsenkirchener Homepage. Sie sollen sukzessive offen, transparent und frei nutzbar geteilt werden. Nur personenbezogene Daten unterliegen nach wie vor dem Datenschutz und dürfen nicht öffentlich gemacht werden.

Für eine einjährige Testphase landet der Rohstoff Information gut aufbereitet im Portal „Open Data Gelsenkirchen" oder auf #wirwollenswissen: Statistiken, Einwohnerdaten, Fakten zur Infrastruktur, zum Verkehr oder zu Grundstücken – alles wird der Öffentlichkeit kostenlos zur Verfügung gestellt. Zuletzt wurden die Vornamen der unter 1-jährigen Kinder online gestellt. Spitzenreiter waren: Mia, Leon und David.

„Das ist für eine klassische, deutsche Verwaltung ein großer, deutlicher Schritt. Wir geben den Rohstoff Information frei und stellen ihn Dritten zur Verfügung. Ein entscheidender Schritt hin zu mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung. Wir geben damit aber auch die Deutungshoheit aus der Hand", sagt Frank Baranowski (SPD). Der Oberbürgermeister der kreisfreien Stadt nennt es „einen Paradigmenwechsel" hin zu einer „vernetzten Stadt".

Daten weiter verwendbar

Jeder, der über die notwendigen Programmierkenntnisse verfügt, kann die Gelsenkirchener Daten für Apps oder Online-Recherche weiterverwenden. Angeboten werden Formate, die weiterverbunden werden können, um eigene Apps oder Internetseiten zu entwickeln. Möglichst mit praktischem Anwendernutzen, sei es bei lokalen Stauwarnungen via Navi oder Wartezeiten bei Behördengängen. Begleitet wird das städtische Projekt von Studierenden der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen. Sie haben in Arbeitsgruppen die Kampagne bereits im Vorfeld unterstützt und entwickeln aktuell in Seminaren Ideen für Anwendungen. Schwerpunkte sind: Tourismus, Soziales und Gelsenkirchen für Ältere.

Gelsenkirchen folgt in Nordrhein-Westfalen dem Beispiel von rund 20 weiteren „digitalen Kommunen", darunter die bereits erwähnten Vorreiter Köln, Bonn und Moers – aber auch andere.

PILOTPROJEKT

26

Kommunen bewarben sich für das Pilotprojekt Open Government des Bundes und der kommunalen Spitzenverbände.

70

Datensätze stellte Gelsenkirchen zum Start auf ihr neues Open-Data-Portal.

QUELLEN: BUNDESMINISTERIUM DES INNERERN (BMI), STADT GELSENKIRCHEN

Wuppertal neu dabei

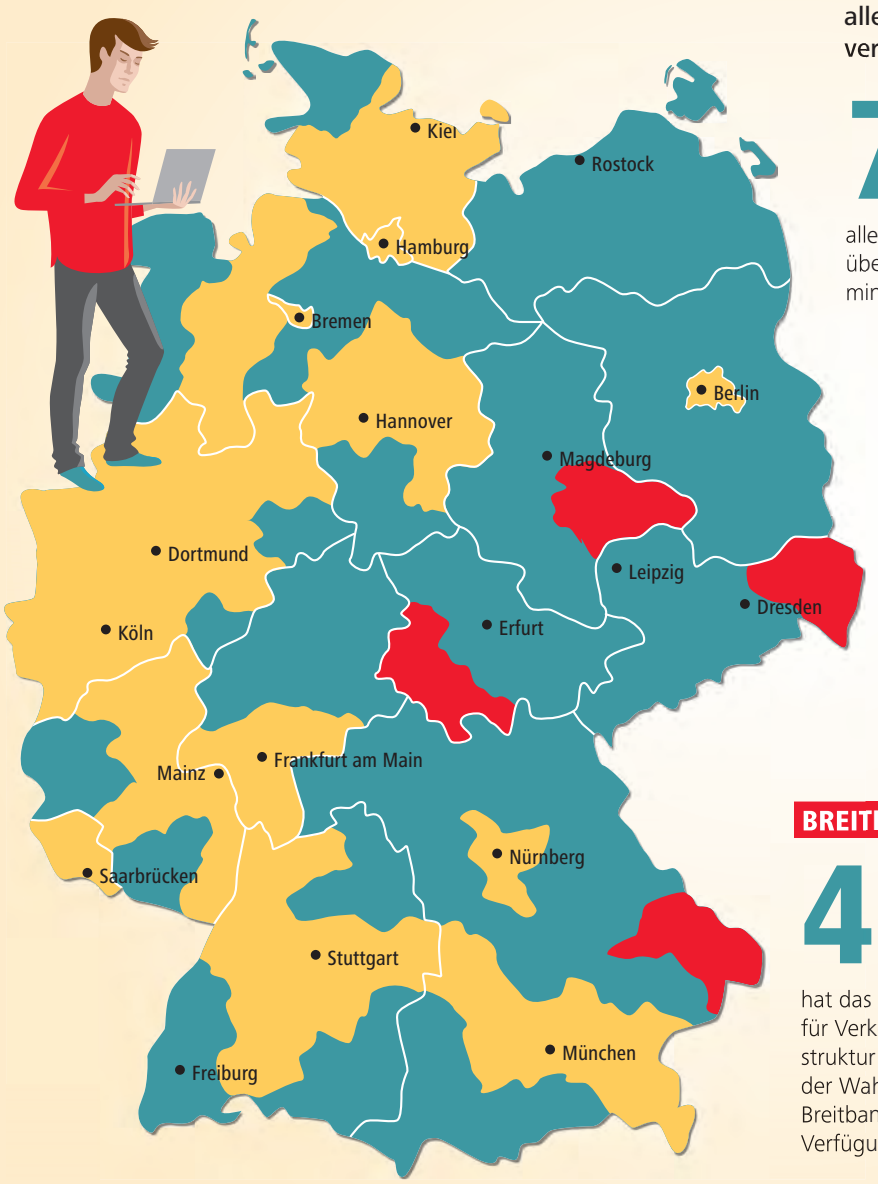
Neu dabei ist Wuppertal. Im vorigen Herbst startete die Stadt mit der Schwebebahn auf dem Portal „offendaten-wuppertal" mit 27 Datensätzen zum Thema Geo-Daten, Haushalt oder Wirtschaft. Mittlerweile sind es mehr als 50.

Allerdings sind zum Beispiel die neun Datensätze zum Thema „Haushalt und Steuern" in der traditionellen Auflistung mühsam und nicht besonders griffig zu lesen. Deshalb haben Nico Heßler und Ralf Glörfeld von der „offenerhaushalt.opendatal"-Initiative gemeinsam mit der Stadt den komplexen Wuppertaler Kommunalhaushalt seit dem Jahr 2012 visualisiert. In den bunten Kachelgrafiken kann man wunderbar verständlich und transparent sehen, wofür die Stadt im Detail eigentlich wie viel Geld ausgibt. Klickt man auf „Soziale Leistungen" lässt sich einfach nachvollziehen, wie sich der Etat von 358.815.07 Euro auf Grundsicherung oder Hilfe zur Pflege aufteilt. Weitere Apps zeigen sämtliche Bushaltestellen in Wuppertal, oder – in Kooperation mit Ruhr-E – wie gut die Luft in Wuppertal ist. Opendata will so Regierungshandeln transparent und nachvollziehbar machen.

BREITBANDAUSBAU IN DEUTSCHLAND

Breitbandverfügbarkeit (50 Mbit/s) in Prozent der Haushalte

> 10–50 > 50–75 > 75

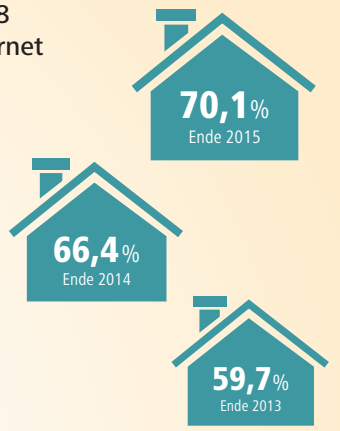


BREITBANDAUSBAU

Die Bundesregierung will bis 2018 alle Haushalte mit schnellem Internet versorgen.

75,5 %

aller Haushalte verfügten Ende 2016 über einen Breitbandanschluss mit mindestens 50 Mbit/s.



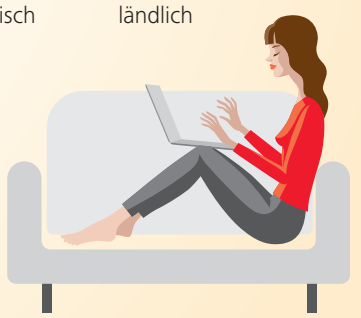
STADT UND LAND

Breitbandverfügbarkeit (50 Mbit/s) je Gemeindeprägung:

BREITBANDFÖRDERUNG

4 Mrd. Euro

hat das Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur (BMVI) seit Beginn der Wahlperiode für den Breitbandausbau zur Verfügung gestellt.



ca. 3,1 Mrd. Euro

wurden in den ersten vier Förderrunden an Kommunen und Landkreise insgesamt bewilligt.

QUELLE: BMVI/TÜV RHEINLAND (BREITBANDATLAS); STAND: 9.8.2017

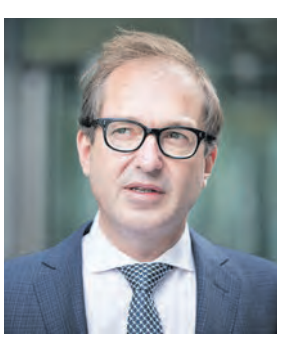
FOTO: INGA KJER/PHOTOTHEK.NET; INFOGRAFIK: JANA SCHULZE; ILLUSTRATION: BEL_KA/ISTOCK

Noch viel zu tun

Der Breitbandausbau geht nicht so schnell voran wie erhofft

Als Alexander Dobrindt (CSU) am 27. Juli vor die Presse tritt, will er eigentlich einen Erfolg vermelden. Der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur verkündet: Soeben habe er 865 Millionen Euro Fördermittel an Landkreise und Kommunen in unterversorgten Regionen vergeben. Es ist die vierte Förderrunde des Breitbandausbauprogrammes der Bundesregierung. Die Ausschreibung für die fünfte Förderrunde läuft bereits, insgesamt sind vier Milliarden Euro für das Programm eingeplant.

Von einer „Aufholjagd" spricht Dobrindt und lobt die große Dynamik des Breitbandausbaues in Deutschland. Doch zur Wahrheit gehört: Die Aufholjagd ist auch deshalb notwendig, weil die schwarz-gelbe Vorgänger-Regierung das Thema verschlafen hatte. Und von der Vorgabe, die SPD und Union im Koalitionsvertrag vereinbart haben, ist Dobrindt noch ein gutes Stück entfernt. „Bis zum Jahr 2018 soll es in Deutschland eine flächendeckende Grundversorgung mit mindestens 50 Mbit/s geben", heißt es da. Im Jahr 2013 waren knapp 60 Prozent der Haushalte an das schnelle Internet angeschlossen, Ende 2016 sind es 75,5 Prozent.



Ob er noch an das 50 Mbit-Ausbauziel glaubt? Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) weicht aus.

Als der zuständige Minister nun gefragt wird, ob er noch an das 50 Mbit-Ausbauziel glaube, weicht er aus. „Wir haben das Ziel nicht aufgegeben, wir haben es schon erweitert", sagt Dobrindt. Er habe bereits die Gigabit-Gesellschaft im Blick. Immerhin lässt der CSU-Politiker durchblicken, wie der Rückstand weiter aufgeholt werden könnte. Im kommenden Jahr werde die Bundesregierung Frequenzen für das neue, schnelle Mobilnetz 5G vergeben. Er verspreche sich davon einen zweistelligen Milliardenbetrag, sagt Dobrindt. Und er gehe davon aus, dass dieses Geld in den weiteren Ausbau fließen wird. *CFH*

„Uns ist es wichtig, einen Partner zu haben, auf den wir uns auch in Zukunft verlassen können. Deshalb Interamt."

DR. FLORIAN JANIK
Oberbürgermeister der Stadt Erlangen

BESUCHEN SIE UNS!
KGST-FORUM IN KASSEL
18.–20. SEPTEMBER 2017
STAND 22

ZUKUNFT PERSONAL KÖLN,
19.–21. SEPTEMBER 2017
HALLE 3.1 STAND K.08

HEUTE AN MORGEN DENKEN
Im Wettbewerb um die besten Kandidaten ist effizientes Personalmanagement ein entscheidender Vorteil: Interamt optimiert dank zukunftsweisender Features sämtliche Prozesse Ihrer Stellenbesetzung. Und sorgt dafür, dass Fachkräftemangel der Vergangenheit angehört.
BESTE VORAUSSETZUNGEN IM WETTBEWERB: WWW.INTERAMT.DE

INTERAMT.DE
DAS STELLENPORTAL DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES

Ein Portal für alle und alles

Bund, Länder und Kommunen sollen ihre Verwaltungsportale verknüpfen. Die Gemeinden wollen Bestehendes erhalten

Autor Carl-Friedrich Höck

Geht es nach Martin Schulz, werden Behördenangelegenheiten bald einfacher zu regeln sein. „Wir lassen die Daten laufen und nicht mehr die Bürger oder Unternehmen." So steht es in einem „Zukunftsplan", den der SPD-Parteichef und Kanzlerkandidat im Juli vorgestellt hat. Darin umreißt er, wie er sich ein modernes Deutschland vorstellt. Ein zentraler Punkt: Die digitalen Portale von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen sollen miteinander verknüpft werden. Mit einer „gemeinsamen Kraftanstrengung" wolle die SPD dafür sorgen, dass „weitestgehend alle Prozesse und Dienstleistungen in den nächsten fünf Jahren auf einem Deutschlandportal für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen verfügbar sind", heißt es im Zukunftsplan.

Ob es um die Anmeldung zum Kindergarten geht, eine KfZ-Zulassung, einen Wohngeldantrag, die Steuererklärung, Rentenleistungen oder eine Baugenehmigung: Auf alle onlinefähigen Verwaltungsleistungen sollen die Nutzer über das Deutschlandportal zugreifen können.

Was nach Zukunftsmusik klingt, ist von der Bundesregierung bereits in die Wege geleitet worden. Im Juni haben Bundestag und Bundesrat ein Onlinezugangsgesetz (OZG) beschlossen – im Rahmen der Bund-Länder-Finanzreform. Es verpflichtet Bund und Länder, binnen fünf Jahren „ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten" sowie diese miteinander zu einem Portalverbund zu verknüpfen. Das bezieht sich laut Gesetzesbegründung auf „alle Verwaltungsleistungen sämtlicher Behörden, es sei denn, dass sich die Verwaltungsleistung – aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen – hierzu nicht eignet". „Hohe Hürden und sehr spezifische Anforderungen" erwartet die Bundesregierung insbesondere für Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch oder im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende.

Ein Nutzerkonto genügt

Die Nutzer sollen die Leistungen des Verbundes mit einem einzigen Nutzerkonto in Anspruch nehmen können. Man muss sich also dann nur noch einmal registrieren und die eigenen Daten nicht mehrfach angeben. Um diese Zugänge einheitlich zu regeln, wurde das Grundgesetz geändert. (Artikel 91c, Absatz 5.) Dort ist nun die alleinige Gesetzgebungskompetenz des Bundes festgeschrieben, wenn es darum geht, den Zugang zu den Verwaltungsdienstleistungen von Bund und Ländern auszugestalten. Das betrifft etwa IT-Sicherheitsstandards sowie technische Kommunikationsstandards.

Was aber bedeutet das OZG für die Kommunen? Vieles ist noch im Unklaren. Streng genommen verpflichtet das Gesetz nur Bund und Länder, ihre Verwaltungsleistungen über den Portalverbund anzubieten. In der Begründung hat die Bundesregierung allerdings deutlich gemacht, dass sie die kommunale Ebene einbeziehen will. Der Bundesrat argumentierte im Gesetzgebungsverfahren, der Bund dürfe den Gemeinden und Gemeindeverbänden laut Grundgesetz gar keine Aufgaben übertragen.

Kommunen wollen Verbundlösung

„Eine Lösung ohne die Verwaltungsdienstleistungen und Angebote der Kommunen als nachgeordnete Ebene der Länder ist kaum vorstellbar und erscheint wenig sinnvoll", äußert sich der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) auf Nachfrage. Auch die anderen kommunalen Spitzenverbände bewerten die Idee eines Portalverbundes grundsätzlich positiv. Sorgen macht man sich allerdings, dass bestehende Angebote zugunsten eines Einheitsportals entwertet werden könnten. „Wichtig ist, dass es sich um eine echte Verknüpfung, einen Verbund von Portalen handelt und kein einseitiges Durchregieren auf die eigenständigen kommunalen Portale erfolgt, die seit langen Jahren gewachsen sind", sagt Kay Ruge, Beigeordneter des Deutschen Landkreistages. Der Bund dürfe lediglich Regelungen für den gemeinsamen Zugang zu Bürgerportalen schaffen. „Jede Vorgabe von IT-Komponenten, die inhaltlich darüber hinausgeht und einseitig Fachverfahren in den Ländern und Kommunen vereinheitlichen will, ist daher eindeutig verfassungswidrig", mahnt Ruge.

> **Der Bund muss klar aufzeigen, wer für was zuständig ist und welche Kosten übernommen werden.**
>
> Aus einer Stellungnahme des DStGB

Auch ein Sprecher des Deutschen Städtetages warnt vor der Gefahr zentralistischer Strukturen, die es unmöglich machen, Bestehendes einzubinden. Er fordert „intelligente Verknüpfung statt zentraler Neustrukturierung". Damit ließen sich zudem erhebliche Kosten einsparen.

Wie das OZG konkret umgesetzt wird, soll nun eine im Bundesinnenministerium angesiedelte Projektgruppe klären. In dieser sind auch die kommunalen Spitzenverbände vertreten. Es müssten „Ziele und Aufgaben dargelegt, Standards und Schnittstellen und Verantwortlichkeiten festgelegt werden", fordert der DStGB. Der Bund müsse klar aufzeigen, was für Komponenten er welcher Ebene zur Verfügung stellt, wer für was zuständig ist und welche Kosten übernommen werden. Es klingt nach einem Mammutprojekt für die kommende Wahlperiode.

FOTO: VEGE/STOCK.ADOBE.COM

Eng vernetzt: Das neue Onlinezugangsgesetz soll dazu beitragen, digitale Verwaltungsleistungen besser zu verzahnen.

»Kommune 2030 – nachhaltig und digital«

Das ist das Motto, unter dem der 10. Kommunalkongress der Bertelsmann Stiftung veranstaltet wird, der am 7. und 8. Dezember 2017 im Rahmen des Deutschen Nachhaltigkeitstages in Düsseldorf stattfindet.

Nachhaltigkeit beginnt in den Kommunen. Sie greifen das Thema in vielfältigen Aktivitäten seit langem auf und treiben es voran. Wie Kommunen das Thema Nachhaltigkeit angehen und weiterentwickeln ist von zentraler Bedeutung. Das High-Level Panel für die 2030-Adenda für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen stellt deshalb fest: „Es sind die Städte, wo der Kampf um eine nachhaltige Entwicklung gewonnen oder verloren wird." Anders ausgedrückt: Es sind die Städte, in denen Fehlentwicklungen und Probleme wie durch ein Brennglas sichtbar werden. Die Umsetzung der im September 2015 verabschiedeten 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) mit ihren 169 Unterzielen muss deshalb vorrangig auf kommunaler Ebene geschehen!

Nachhaltigkeit: die Städte gehen voran

Wenngleich aktuell die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie für die Bundesrepublik oder Nachhaltigkeitskonzepte einiger Bundesländer wie beispielsweise Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Thüringen oder Sachsen-Anhalt verabschiedet wurden, bilden die Städte die Basis der Nachhaltigkeitsbewegung. Und nicht etwa nur große Städte wie Freiburg, Münster, Bonn oder Hannover, sondern auch kleine und mittlere wie Geestland, Arnsberg, Eltville am Rhein, Furth im Wald oder Delitzsch. Auch einige Landkreise – wie Steinfurt, Cochem-Zell oder Unna – haben Nachhaltigkeitskonzepte entwickelt. Die Städte leben Nachhaltigkeit und Lebensqualität bemisst sich nun einmal dort, wo die Menschen wohnen und arbeiten.

„Nachhaltigkeit"

Was aber heißt „Nachhaltigkeit"? Definitionen gibt es viele und jeder von uns hat unterschiedliche Bilder im Kopf, wenn er an Nachhaltigkeit denkt. Den Dieselskandal, Diskussionen um eine City-Maut, den gelben Sack, Mikroplastik in den Weltmeeren, die tägliche Menge an Coffee to Go-Bechern.

Auch 2017, dreißig Jahre nach Erscheinen des Berichts „Our Common Future" der Brundtland-Kommission, hat die darin enthaltene Definition nichts an Aktualität eingebüßt. Demnach ist eine nachhaltige Entwicklung „eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können." Damit ist klar: Nachhaltigkeit betrifft Gegenwart und Zukunft gleichermaßen. Sie fragt nicht allein nach dem „Überleben", sondern sie fragt danach, wie wir heute leben, um das Bewusstsein dafür zu schaffen, dass auch in Zukunft ein gutes Leben geführt werden kann.

Nachhaltigkeit ist dort, wo die Menschen leben

In den Kommunen ist die „Betroffenheit" für Nachhaltigkeit am größten. Dort gehen die Kinder zur Schule oder in die Kita, dort sind Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte, Sportanlagen, Theater, Bus und Bahn. Themen wie Mobilität, wohnortnahe Grundversorgung, aber auch Müll- und Abwassergebühren oder bezahlbarer Wohnraum und kostengünstige Parkmöglichkeiten werden dort konkret.

Und diese subjektive Betroffenheit kann sehr unterschiedlich sein – je nachdem, in welcher Stadt man lebt. Ob die Stadt eine solide Finanzausstattung hat oder in der Haushaltssicherung ist, hat vielfache Auswirkungen. Dies hat der aktuelle Kommunale Finanzreport 2017 der Bertelsmann Stiftung einmal mehr bewiesen. Die Schere zwischen armen und reichen Städten öffnet sich immer weiter. Wenn die Stadt Essen beispielsweise momentan mehr als doppelt so hohe Kassenkredite führen muss wie alle Kommunen in Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen zusammen, dann hat das nun einmal Einfluss auf den Handlungsspielraum vor Ort – auch in Sachen Nachhaltigkeit. Es beweist aber auch: Eine prekäre Haushaltslage steht der Grünen Hauptstadt 2017 nicht entgegen!

Kommunalkongress

Der Kommunalkongress „Kommune 2030 – nachhaltig und digital" greift die aktuellen Fragen des Nachhaltigkeitsmanagements in Kommunen auf und zeigt anhand vieler Beispiele, wie Nachhaltigkeit in deutschen Kommunen unterschiedlicher Größenklassen umgesetzt werden kann. Anmeldungen sind ab Mitte September möglich: **www.nachhaltigkeitstag.de.**

Der Autor:
OLIVER HAUBNER ist Nachhaltigkeitsexperte im Programm LebensWerte Kommune der Bertelsmann Stiftung in Gütersloh.

Vernetzt miteinander leben

Quartiersentwicklung geht auch digital: In Dortmund hat es der Unionviertelverein vorgemacht

Autorin Silke Hoock

Hans-Gerd Nottenbohm ist Leiter des Projektes, wonach das soziale Quartier Unionviertel vernetzt wurde.

Sie wollten eine Plattform schaffen, in der es nicht um Reklame geht. Es sollte eine Plattform werden, in der Unternehmer, Vereine und Sozialverbände mit allen ihren Mitarbeiterinnen, Mitarbeitern und Mitgliedern kommunizieren können. Die Entwicklung des Unionviertels digital – das ist es, was unter anderem dem Vertreter des Unionviertelvereines, Hans-Gerd Nottenbohm, vorschwebte. Die Idee ist längst in die Tat umgesetzt. Denn das Viertel rund um das Dortmunder U gehört zu den 14 Bürgerwerkstatt-Modellprojekten, die vom Landesministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr, das mit digitalen Werkzeugen und Schulungen unterstützt wurden. Heute ist es mit Leben erfüllt.

Das Viertel, das nun ein eigenes Intranet besitzt, hat eine bedeutende Vergangenheit. Hier befanden sich große Arbeitgeber und viele Arbeitsplätze. Den Menschen ging es gut. Größte Arbeitgeber waren Hoesch (Stahl) und die Dortmunder Union-Brauerei. An den Stahlhersteller erinnern leerstehende, riesige Industriegebäude und an die Union-Brauerei das Dortmunder U – einst strahlendes Firmenlogo auf einem großen Brauereigebäude. Heute – ein weithin sichtbar vergoldetes U auf einem Kulturmagneten. Rund 12.000 Menschen leben hier – friedlich miteinander. „Oder besser gesagt nebeneinander. „Wir hoffen, dass sich letzteres ändern wird und die Plattform dazu beiträgt, dass man sich kennenlernt und miteinander spricht", benennt Projektleiter Nottenbohm ein konkretes Ziel. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze – natürlich wünschen sich das alle hier – ist der wirtschaftliche Aspekt dieser Form von Digitalisierung.

Gestaltung von Plätzen

Hans-Gerd Nottenbohm war es, der im Jahre 2015 auf die Ausschreibung der Quartiersakademie gestoßen war. Die Möglichkeit, dass ein Viertel bei der Digitalisierung unterstützt wird und Bewohner Schulungen besuchen können, fand er toll. „Viele unserer Mitglieder lehnten Facebook als Kommunikations-Plattform ab. Sie haben ein totales Sicherheitsbedürfnis. Doch diese Möglichkeit war wirklich überzeugend", erinnert er sich. So bewarb sich der Verein und erhielt den Zuschlag.

> **„Ich hoffe, dass die Plattform dazu beiträgt, dass man sich kennenlernt.**
>
> Hans-Gerd Nottenbohm

Im Unionviertel gibt es jetzt ein Intranet für Bewohner.

Genutzt wird das Intranet heute vor allem bei Fragen der Veröffentlichung von Protokollen aus der örtlichen Bezirksvertretung sowie der Beteiligung an der Gestaltung von Plätzen. Soll ein Spielplatz neu belebt werden, werden heute Bilder und Videos von der alten Fläche ins Netz gestellt, so dass sich alle ein Bild vom Ist-Zustand machen können. Darauf beruhen dann Vorschläge für Neuerungen. Diese werden an die Stadt weitergereicht. In diesem Sinne hatte sich auch Susanne Linnebach, Leiterin des Amtes für Wohnung und Stadterneuerung, bei der Vorstellung des digitalen Quartieres geäußert: „Wir könnten uns durchaus vorstellen, Bürger über solche Umfragen zu beteiligen." Mitglied bei der Plattform kann man nur auf Einladung werden.

Neuer Zugang zu Wissen

Bianca Herlo, zuständige Projektleiterin für „Bürger vernetzen Nachbarschaften" im Design Research Lab der Berlin University of the Arts am Lehrstuhl von Prof. Gesche Joost, erläutert die Grundidee des Projektes so: Seit einigen Jahren werde verstärkt und aus verschiedenen gesellschaftlichen Richtungen über neue Formen von Gemeinschaftlichkeit und Gemeinwohlorientierung diskutiert. Es entstünden neue Praktiken und Initiativen, wie beispielsweise Urban Gardening, Tauschbörsen, Repair-Cafés und alternative Formen des Zusammenlebens wie Gemeinschaftswohnprojekte. Digitale Mittel und Medien verstärkten diese Vergemeinschaftungsprozesse. Digitale Plattformen schafften neuen Zugang zu Wissen und Information und förderten die Teilhabe an gesellschaftlichen Transformationsprozessen.

Die Frage, was Nachbarschaft, was ein Quartier, mit der digitalen Herausforderung unserer Zeit zu tun hat und warum Industrie 4.0 auch noch nach Feierabend unser Leben bestimmen soll, beantwortet die Expertin so: „Der technologisch induzierte Wandel unserer Gesellschaft ist im Beruf wie im Alltag bereits allgegenwärtig. Umso mehr sind wir als Expertinnen, als politische Entscheidungsträger, als Zivilgesellschaft und Individuen gefragt, die digitale Spaltung der Gesellschaft zu reduzieren und für die interkulturelle und intergenerative Verständigung zu sorgen. Digitale Vernetzung, beteuert Bianca Herlo, „kann jedoch nicht ohne soziale Vernetzung gedacht werden".

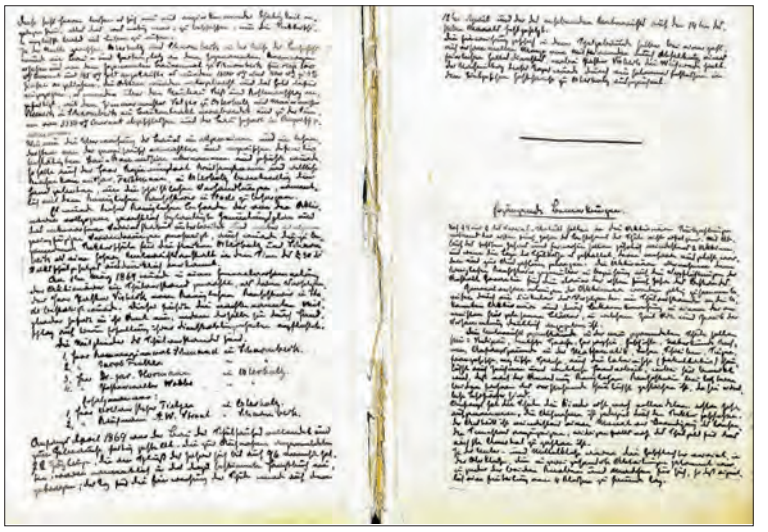
www.unionviertel.de

FOTOS: SILKE HOOCK

Die Gedächtnisse der Regionen

Die Landes- und Kreisarchive werden langsam digital. Niedersachsen und Hessen nutzen gemeinsame Software

Autor Ulf Buschmann



Digitalisierte Geschichte: Ausschnitt aus einem historischen Schulbuch aus dem Landkreis Osterholz

Wilhelm Berger liest sich durch historische Quellen. Er ist Autor beim „Heimatrundblick“ und beschäftigt sich mit der Geschichte des niedersächsischen Landkreises Osterholz. Vor allem die Entwicklung einzelner Ortschaften hat es ihm angetan. Dafür ist Wilhelm Berger regelmäßig Gast im Kreisarchiv Osterholz und in Stade. Dort befindet sich einer der Standorte des Niedersächsischen Landesarchivs (NLA). Das Studieren historischer Quellen ist ein traditioneller analoger Vorgang. Doch die Erschließung, Recherche und die Bestellung erfolgen zunehmend digital.

Dafür nutzen Berger und alle Menschen, die etwas in den Archiven von Landkreisen, Kommunen und des Landes suchen, immer mehr das zum 1. Januar 2015 gestartete Archivinformationssystem Arcinsys. Es ist laut Internetseite des Niedersächsischen Landesarchivs „eine Webanwendung, die von jedem beliebigen Ort aus genutzt werden kann“. Das bedeutet, dass alle Menschen das System nutzen können – von Privatleuten über Wissenschaftler bis hin zu Journalisten. Auch digitalisierte und digitale Archivalien könnten eingesehen werden, sofern sie keinen Zugangsbeschränkungen unterliegen, heißt es weiter.

Archiv der Zukunft

In einigen Jahren werden viele Kreis- und Gemeinde-Archive ihre umfangreichen Bestände digitalisiert haben. Davon geht die Leiterin des Kreisarchivs Osterholz Gabriele Jannowitz-Heumann aus. Dies betreffe historische Quellen genauso wie zum Beispiel Bauakten. Aber auch die alten Jahrgänge von Lokalzeitungen sind ein Fall für das digitale kommunale Archiv der Zukunft. Bevor die Bestände jedoch den Weg in die binäre Welt antreten, beraten zum Beispiel im Landkreis Osterholz die jeweiligen Fachbereichsleiter darüber, ob die vorgesehenen Dokumente „archivwürdig“ sind. „Da sind wir nicht immer einer Meinung“, sagt Jannowitz-Heumann.

Kleine und große Archive sind das Gedächtnis der Region. Die Bestände an Dokumenten gehen in die Tausende. Sie zu digitalisieren, ist eine Mammutaufgabe – vor allem für die Mitarbeiterinen und Mitarbeiter. Weil es davon in der Regel eher wenig in den Archiven gibt, lässt sich die Digitalisierung nur Schritt für Schritt umsetzen. Im Kreisarchiv Osterholz besteht schon jetzt im kleinen Rahmen die Möglichkeit, zum Beispiel Bücher oder auch alte Zeitungsbände zu digitalisieren. Dafür gibt es seit einiger Zeit ein sogenanntes „Bookeye“. Statt die Periodika umständlich auf einen Kopierer zu legen, werden sie einfach auf- und umgeblättert. Die Auflagefläche ist der Form eines Buches mit Rücken angepasst. Ein spezieller Scanner macht daraus ein digitales Produkt.

Nach und nach werden die Bestände des Osterholzer Kreisarchivs digitalisiert. Leiterin Gabriele Jannowitz-Heumann zeigt einen speziellen Scanner für Bücher und andere Perodika.

FOTOS: ULF BUSCHMANN

DATENBANK

25.000

Datensätze hat der Hochtaunuskreis digital erschlossen.

QUELLE: EIGENE RECHERCHE

Dass die Digitalisierung trotz entsprechender Software nur langsam vorankommt, ist nicht nur ein niedersächsisches Problem. Auch im Land der Arcinsys, in Hessen, ist es so. Beispiel Hochtaunuskreis: Das dortige Kreisarchiv kann die Software aufgrund seiner Größe nicht voll ausnutzen. Nach Auskunft von Kreisarchivar Peter Maresch wird Arcinsys „in erster Linie zur Erschließung unserer Bestände und als Recherchedatenbank“ verwendet. Er ergänzt: „Wir haben derzeit 25.000 Datensätze erschlossen. Diese beziehen sich auf unsere eigenen Bestände, wir haben aber auch kleine Informationsdatenbanken geschaffen.“ Dazu gehören zum Beispiel die ehemaligen Bürgermeister im Kreisgebiet seit 1866. Diese Datenbank sei online für Benutzer recherchierbar. Darüber hinaus, macht Maresch klar, dass es nicht „das strategische Ziel“ ist, „größere Mengen an Archivalien zu digitalisieren“. Auf Wunsch stünden Benutzerinnen und Benutzern Scans des historischen Materials zur Verfügung, „aber ganze Bestände zu digitalisieren, ist für uns derzeit noch zu teuer und bei Eigenleistung zu zeitaufwendig, was die Arbeitszeit betrifft“.

Maresch‘ norddeutsche Kollegin Jannowitz-Heumann weist im Übrigen darauf hin, dass die Digitalisierung der Bestände längst nicht das Nonplusultra sei, im Gegenteil. Abgesehen davon, dass die Originale immer erhalten bleiben müssten, hielten digitale Datenträger nicht ewig. „Es muss immer wieder migriert werden“, spielt Jannowitz-Heumann auf die maximale Lebensdauer von 30 Jahren an. Deshalb sind Archivalien in Deutschland nicht nur in Bits und Bytes zerlegt. Sie werden auch immer noch auf Mikrofilm gebannt. Er gilt mit seiner Lebensdauer von bis zu 400 Jahren als fast unverwüstlich.

www.arcinsys.niedersachsen.de

Digitale Ratsarbeit

Was gute Ratsinformationsysteme für Mandatsträger und Bürger auszeichnet – Umfrage der Bundes-SGK

Gastautorin Frauke Janßen

Ratsinformationssysteme (RIS) gibt es in Kommunen nicht erst, seit die „Digitalisierung aller Lebensbereiche" in aller Munde ist. Der digitale Fortschritt bietet jedoch weitere Möglichkeiten, die Rats- und Fraktionsarbeit zu erleichtern und den Austausch zwischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern zu befördern. Gleichzeitig bieten RIS auch den Bürgerinnen und Bürgern eine Möglichkeit, über die politischen Vorgänge in der Kommune auf dem neuesten Stand zu bleiben. Was braucht ein Ratsinformationssystem um beiden Aufgaben gerecht zu werden?

„Es herrscht oft eine Diskrepanz zwischen technischem Angebot und der Realität der Arbeitsprozesse."

Die Bundes-SGK hat im Jahr 2016 in ihrer Mitgliedschaft 85 großstädtische Fraktionen (inklusive Regionalverbänden) befragt, um ein Bild darüber zu erhalten, wie RIS in den Städten genutzt werden. Es zeigt sich bei einer Rücklaufquote von knapp 50 Prozent vor allem ein sehr vielfältiges Bild: Zwar sind RIS in der befragten Gruppe ein absoluter Standard, ihre Ausgestaltung und Nutzung ist jedoch sehr unterschiedlich. Das beginnt schon mit der Auswahl der Software. Neben einigen Standardanbietern gibt es in einer nicht unerheblichen Zahl an Städten Eigenlösungen. Diese haben den Vorteil, dass sie so konzipiert sind, dass sie auf örtliche Gegebenheiten Bezug nehmen können. Gleichzeitig bergen sie jedoch oft den Nachteil, nicht mit anderen Anwendungen kompatibel zu sein oder schnell zu veralten. Dann können sie nur unter hohem Mitteleinsatz an aktuelle Entwicklungen angepasst werden.

Die Befragung macht auch deutlich, dass oft eine Diskrepanz zwischen technischem Angebot und der Realität der Arbeitsprozesse vorherrscht. So sei Software oft an den Arbeitsabläufen der Verwaltung orientiert und weniger an denen der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Außerdem hätten Mitarbeitende der Fraktionsgeschäftsstellen häufig keine hinreichenden Zugriffsrechte auf das System.

Viele Funktionen erleichtern die Fraktions- und Ratsarbeit jedoch auch deutlich: Hierzu zählen ein umfassendes Vorlagenmanagement sowie Recherche- und Archivierungsfunktionen, die Möglichkeit zum gemeinsamen kollaborativen Arbeiten in einem Dokument sowie die Möglichkeit, mobil (auch offline) zu arbeiten.

Software allein führt jedoch auch mit den umfassendsten Funktionen nicht automatisch zur digitalisierten Ratsarbeit. Oft bringen eine mangelhafte W-LAN-Ausleuchtung in den Sitzungsräumen, die unzureichende Ausstattung mit Hardware (beispielsweise Tablets) oder Systeminstabilität Probleme mit sich.

Der wichtigste Faktor neben allen technischen Voraussetzungen ist jedoch der politische Wille zur Digitalisierung und ihre konsequente Umsetzung: Ein System muss man bedienen wollen und auch bedienen können. Neben dem oft angebrachten Kulturwandel in Verwaltung und Rat muss es deshalb vor allem auch ausreichende Qualifizierungsangebote geben.

Beispiel „München transparent"

Bürgerinnen und Bürgern soll es durch Ratsinformationssysteme möglich sein, sich umfassend über Kommunalpolitik zu informieren. Die Benutzeroberflächen sind jedoch in der Regel an dem Bedarf von Rat und Verwaltung orientiert, was häufig eine Barriere ist. Das heißt: Daten sind zwar öffentlich, aber für Interessierte nicht immer gut zu finden.

Verschiedene Projekte der Open-Knowledge-Community, die sich für die Öffnung von Daten sowie Transparenz und Beteiligung einsetzt, wollen diese Barriere überwinden, indem sie Daten aus RIS in verschiedenster Form übersichtlich darstellen. Ein erfolgreiches Beispiel hierfür ist das Portal „München transparent", welches Daten aus dem offiziellen Münchner RIS so aufbereitet, dass

Bürgerinnen und Bürger benötigte Informationen leicht und schnell finden. So ermöglicht eine interaktive Karte die gezielte Suche nach Beschlüssen, die einen bestimmten Stadtteil betreffen, eine Volltextsuche über alle Dokumente schafft höhere Transparenz, und mit einer aktiven E-Mail-Benachrichtigung über neue Dokumente bleiben Bürgerinnen und Bürger zu bestimmten Themen automatisch auf dem neuesten Stand.

Die Initiative „OParl" setzt sich dafür ein, dass der offene Zugriff auf parlamentarische Informationssysteme standardisiert wird, damit aus öffentlichen Daten sinnvolle Anwendungen entstehen können und auch eine kommunenübergreifende Suche möglich ist.

Diese Projekte zeigen: Hier bietet sich für Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürgern eine hervorragende Möglichkeit der Koproduktion, die das Innovationspotenzial und die Gestaltungsfreude der Zivilgesellschaft anerkennt und nutzt sowie mehr Transparenz und Beteiligung schafft!

FOTO: SCREENSHOT DEMO

Anzeige

Vorausschauen. Für Ihren Erfolg.

Die besten Karten in der Flüchtlingsversorgung!

Unsere Gesundheitskarte für Asylbewerber.

Sie möchten für Ihre Kommune viel Zeit und Kosten sparen? Dann nutzen auch Sie die elektronische Gesundheitskarte für Asylbewerber:

- **Kostengünstigere und effizientere Verträge** mit den Leistungserbringern ✓
- **Schlankere Verwaltungsstrukturen** dank etablierter Prozesse ✓
- **Verlässliche Abrechnungsverfahren** für eine qualitätsgesicherte Gesundheitsversorgung ✓

Setzen Sie auf die große Erfahrung der DAK-Gesundheit! Wir beraten Sie gern.

Silke Pagels
Telefon: **040 2396 22 40** (zum Ortstarif)
E-Mail: **silke.pagels@dak.de**

DAK Gesundheit
Ein Leben lang.

Die Schweizer Kommune Zug wird digitaler Vorreiter und will eine digitale ID mit neuartiger Verschlüsselungs-Software anbieten.

Bürgerdienste mit digitaler ID

Die Schweizer Gemeinde Zug ist Vorreiter und bietet ihren Bürgern ab September eine elektronische Identität an

Autor Thorsten Herdickerhoff

Die Stadt Zug wird vorangehen und als erste Kommune der Welt ihren Bürgern eine neuartige, digitale ID anbieten – für möglichst viele Dienstleistungen bis hin zu Wahlen. Doch sie möchte auch nichts überstürzen, weshalb sich das Angebot erst allmählich entwickeln soll, sagt der Verwaltungschef von Zug Martin Würmli. „Wir sind daran interessiert, als Stadtverwaltung Erfahrungen zu sammeln." Die geplante e-Abstimmung im nächsten Frühjahr zum Beispiel ist ein Testlauf, zwar mit einem realen Abstimmungsgegenstand, aber einem einfachen. Laut Würmli vielleicht, „ob wir rote oder blaue Blumen im Stadtpark pflanzen". Also alles nur ein Spiel?

Durchaus nicht, wie die Partner zeigen, die mit im Boot sitzen und zur Avantgarde der IT-Branche gehören. Vorneweg die Ethereum Foundation, eine gemeinnützige Organisation mit Sitz in Zug. Sie stellt die grundlegende Verschlüsselungs-Software zur Verfügung und hat hehre Ziele. Sie will das Internet nicht nur für wirtschaftliche Zwecke sicherer machen, sondern auch freier und Zensur ausschließen. Ihre Software erlaubt es, eigene Kryptowährungen zu erstellen, ein Crowdfunding zu starten oder eine autonome demokratische Organisation zu gründen: alles auf Grundlage derselben, dezentralen Verschlüsselungs-Technik der Blockchain. Das Dezentrale ist dabei der Clou, auch für die Kommune.

Sicherer und einfacher

Denn für die Bürgerinnen und Bürger wird es dadurch sicherer und einfacher. Wer eine digitale ID anlegen möchte, entscheidet selbst, welche persönlichen Daten er angibt, man braucht nicht alle. Dann prüft die Stadt nur, ob die Daten stimmen, sammelt sie aber nicht. Überhaupt sammelt niemand die Daten, weil sie nicht zentral bei privaten Unternehmen wie Google oder Facebook liegen, sondern dezentral verschlüsselt sind – auf einer öffentlichen Blockchain, die niemand einsehen kann, auch nicht die Ethereum Foundation.

Einfacher wird es, weil die Bürger nicht mehr so oft aufs Amt müssen. Das eigene Smartphone ist dann der Schlüssel, mit dem man ein Guthaben für Parkgebühren anlegt, sich bei Online-Debatten der Schule seiner Kinder anmeldet, kommunal wählt und vielleicht bald Bankdienste nutzt. Die digitale ID erspart den Nutzerinnen und Nutzern nicht nur Wege, sondern auch die Mühe, für jede dieser Anwendungen ein eigenes Passwort anzulegen – oder immer dasselbe! Dieser Fehler ist weit verbreitet und macht bisherige Online-Dienste extrem unsicher. Bei der Blockchain-Technologie hingegen gehen einfache Nutzung und Sicherheit Hand in Hand.

> **Wir sind daran interessiert, als Stadtverwaltung Erfahrungen zu sammeln.**
>
> Martin Würmli,
> Verwaltungschef von Zug

Dichte Kette an Daten

Eine Blockchain funktioniert im Grunde wie ein Buchführungs-Journal. Darin wird jeder Geschäftsvorgang mit laufender Nummer und Datum eingetragen. Dadurch ergibt sich eine dichte Kette an Daten, die nicht aufzubrechen ist, ohne alle nachfolgenden Kettenglieder manipulieren zu müssen. Wollte man nachträglich eine Rechnung einfügen, müsste man bei allen nachfolgenden die laufende Nummer um plus eins erhöhen – und das nicht nur im Journal, sondern auch auf den verschickten Rechnungen. Schwierig, und bei der Blockchain praktisch unmöglich.

Die Blockchain stellt nämlich nicht nur eine dichte Verkettung von Vorgängen her, sondern verschlüsselt diese, kopiert sie ständig und speichert sie x-fach und dezentral auf der ganzen Welt. Man hat also gar keine Chance, alle Kopien zu finden und zu verändern, ganz abgesehen davon, dass die Kopien sich untereinander ständig gegenseitig abgleichen. Sollte also eine Kopie manipuliert werden, erkennen das die anderen Kopien und löschen die Manipulation.

Einen erfolgreichen Angriff auf die Blockchain von Ethereum gab es allerdings. Im vergangenen Jahr nutzte ein Hacker eine Sicherheitslücke und überwies sich aus einem Fonds die Kryptowährung Ether im Wert von 50 Millionen US-Dollar. Daraufhin setze Ethereum seine Blockchain neu auf: ohne die Daten dieses Diebstahles – beide Vorgänge sollten eigentlich nicht möglich sein. Vor allem der zweite, die massive Manipulation der Blockchain, gilt vielen als Sündenfall. Andererseits funktioniert eine neue Technologie nicht sofort fehlerfrei, und der Austausch der Blockchain fand die Zustimmung der großen Mehrheit der Ethereum-Nutzer.

Wem die digitale ID von Zug zu unsicher oder neu ist, der kann selbstverständlich weiterhin alles analog erledigen. Die Stadt möchte niemanden ausschließen, sondern sich vorbereiten. „Wir sehen, dass sich die Verwaltung der Zukunft verändern wird", sagt Martin Würmli, „und wir wollen diese Zukunft mitgestalten".

FOTO: VON ANDREAS FAESSLER - EIGENES WERK, CC-BY-SA 4.0, HTTPS://COMMONS.WIKIMEDIA.ORG/W/INDEX.PHP?CURID=47827674

Kleine Lotsen in der Tasche

Für Touristen und Einwohner gibt es immer mehr Info-Apps

Autorin Maicke Mackerodt

Wegweisend, informativ, serviceorientiert: Immer mehr Städte bieten eine eigene App für moderne Smartphones oder iPads an. Standard ist bei den kommunalen Apps die Auflistung von Sehenswürdigkeiten, manche bieten zusätzlich Wegweiser zu freien Parkplätzen. Diese Serviceportale „to go" lotsen Touristen und Einwohner durch die Stadt – und wenn Einzelhandel, Unternehmen und Gewerbetreibende aufgeführt sind, fördern diese Apps bestenfalls die Wirtschaft.

Hinweis zum nächsten Defibrillator

Seit gut einem Jahr gibt es Filderstadt jetzt auch „to-go", zum Minehmen. Mit der neuen Smartphone-App „Qwapp District" passt die Große Kreisstadt in der Nähe der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart in die kleinste Tasche. „Alles im Blick mit einem Klick", heißt es auf der übersichtlich und ansprechend gestalteten Seite. Die App kann kostenlos über einen QR-Code auf das mobile Endgerät geladen werden. Die Themenfelder sind in einzelne Rubriken unterteilt und intuitiv bedienbar. Die App bietet für alle fünf Stadtteile in Filderstadt tagesaktuelle Informationen, zeigt zum Beispiel, wo der nächste lebensrettende Defibrillator steht und gibt einen Überblick über Gastronomie, Vereine und örtliche Geschäfte. Zusätzlich informiert die Anwendung über Stellenangebote und mit Hilfe des interaktiven Stadtplanes lassen sich gezielt die Apotheke, ein Briefkästen oder ein Park in der Nähe des Nutzers finden.

> **Wir planen eine Überarbeitung der Website und haben noch keine Entscheidung getroffen, mit welchem App-Anbieter wir zusammenarbeiten.**
>
> Ellen Schweizer, Pressesprecherin in Filderstadt

Etwa 40 Geschäfte und Dienstleister sind bislang in der Filderstadt-App zu finden, dazu gehören die Musikschule, das Stadtarchiv oder die Filharmonie. „Vereine dürfen kostenfrei werben, Händler und Dienstleister zahlen – je nach Größe – 240 bis 360 Euro im Jahr", sagt Rhena Köhler. Die Filderstädterin hat die App initiiert, die inzwischen knapp 140.000 Zugriffe im Monat zählt.

Vermutlich fällt nur IT-Profis auf, dass die „Qwapp District APP Filderstadt" keine direkte Verbindung zur Stadt hat. Filderstadt begrüßt zwar die „Eigeninitiative" von Rhena Köhler, sagt Pressesprecherin Ellen Schweizer. Zurzeit gibt es auf der kommunalen Filderstadt-Seite aber nur eine schöne Wahl-App. „Bisher haben wir noch keine städtische App. Wir planen eine Überarbeitung unserer Website und haben noch keine Entscheidung getroffen, mit welchem App-Anbieter wir zusammenarbeiten."

Mehr Informationen www.qwappdistrict.net/qwapp_districts/Filderstadt
www.filderstadt.de/,Lde/start/service/Wahl_App.html

Mehr Beispiele aus anderen Kommunen
www.demo-online.de

Anzeige

FACHKONGRESS 20.–21. März 2018, Berlin
DIGITALER STAAT
E-Government ▪ Digitaler Datenschutz ▪ Arbeit und Personal 4.0

Save the date: 20.–21. März 2018 KOSMOS, Berlin

Bereits zum 21. Mal wird der Verwaltungsmodernisierungskongress in Berlin stattfinden, zum zweiten Mal unter dem Namen „Digitaler Staat". In diesem Jahr zog der Kongress rund um die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung über 700 Teilnehmer in die Hauptstadt. Erstmals findet der Kongress nun im ehemaligen Premierenkino KOSMOS in Berlin statt. Hierdurch wird auch die Präsentation und Diskussion der Inhalte in einem neuen Licht erscheinen. Vorhang auf!

// **E-Government**
Ob FITKO, das Digitalisierungsprogramm, die neue Digitale Agenda oder der Portalverbund – die nächsten Jahre werden von Projekten geprägt sein, die eine standardisierte und verbindliche Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen ermöglichen sollen.

// **Digitaler Datenschutz**
Im Mai 2018 wird die neue EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Kraft treten. Mit diesem Themenkanal wird der Kongress auf das Spannungsfeld der digitalen Plattformen zwischen Effizienz und Datenschutz eingehen und die neuen Anforderungen an Behörden aufzeigen.

// **Arbeit und Personal 4.0**
Chancen und Grenzen der fortschreitenden Digitalisierung der Verwaltungsarbeit bis hin zu Bots und dem vollautomatisierten Verwaltungsakt. Personalrecruiting, Qualifizierung und Weiterentwicklung, mobiles Arbeiten, Homeoffice, Wahlarbeitszeit – wichtige Fragen der Zukunft.

THEMENKANÄLE

WEITERE INFORMATIONEN IN KÜRZE UNTER WWW.DIGITALER-STAAT.ORG

Mit wenigen Klicks zum Kommunalkredit

Junge Firmen aus dem Fintech-Bereich vermitteln zwischen der öffentlichen Hand und potenziellen Kreditgebern

Autorin Karin Billanitsch

Für viele Städte, Kreise und Gemeinden sind Kommunalkredite unentbehrliche Finanzierungsinstrumente. Das aktuelle Kommunalpanel der KfW-Bank hat gezeigt, dass die Finanzierung von Investitionen mit Hilfe von Kommunalkrediten an Bedeutung gewonnen hat, vor allem in größeren Städten und Landkreisen. Und wie schon in den Vorjahren nutzen gerade finanzschwache Kommunen in besonderem Maß die Kreditfinanzierung – die niedrigen Zinsen bieten etwas mehr Spielraum. Zwischen 2014 und 2016 ist der Anteil der Kommunalkredite an allen Finanzierungsinstrumenten von 20 auf 25 Prozent gestiegen.

Andererseits birgt die Niedrigzinspolitik der Zentralbanken auch Probleme: Manche Bank gibt wegen der geringen Margen keinen Kredit. Diese schwierige Situation auf den Finanzmärkten und der technische Fortschritt durch die Digitalisierung hat Nischen für Geschäftsideen eröffnet. So wie private Verbraucher mittlerweile im Internet Baufinanzierungen vergleichen und sich Finanzierungen vermitteln lassen, gibt es jetzt auch für Kommunen ein ähnliches Angebot: Unternehmen vermitteln auf Online-Plattformen Kommunalfinanzierungen. Mehrere „Fintechs" haben den deutschen Markt im Blick.

Carl-Ferdinand von Halem, Geschäftsführer und Mitgründer der CommneX GmbH erklärt: „Das ist ja auch der Grund, warum wir eine Daseinsberechtigung für CommneX sehen, dass die Nachfrage da ist, aber das Angebot zurückgeht. Es kommt vor, dass große etablierte Banken sich aus dem Geschäft zurückziehen, da die Margen niedrig sind und anscheinend nicht genug Geld zu verdienen ist." Sein Wettbewerber Andreas Franke, Geschäftsführer des deutschen Ablegers der Schweizer Online-Kreditplattform Loanboox, formuliert: „Es ist nicht so, dass die Banken sagen, wir machen das nicht mehr. Die Angebote sind da; man hört allerdings ab und zu, dass es weniger Angebote sind als früher."

Die Niedrigzinspolitik der Zentralbanken (auf dem Foto: das Logo der EZB), wirkt sich auf die kommunalen Haushalte aus.

Die bisher einzige Stadt in Deutschland, die das Modell genutzt und öffentlich gemacht hat, ist Essen. Über einen digitalen Finanzmakler hat sie ein Schuldschein-Geschäft in Höhe von fünf Millionen Euro abgewickelt. Der frühere Essener Kämmerer Lars Martin Klieve sagte damals in einem Interview mit der Zeitung „Der Neue Kämmerer: „Mit den Konditionen waren wir zufrieden."

Wie funktioniert das System? Die Kommune erstellt ihr Profil, schreibt ihr Finanzierungsprojekt aus, wann sie die Auszahlung wünscht, legt eine Laufzeit fest sowie eine Angebotsfrist. Dann wartet sie auf Angebote. Es geht vor allem um klassische Kommunalkredite, Kassenkredite und Schuldscheine. Auf der anderen Seite stehen die potenziellen Geldgeber. Die deutschen Kommunen sind für sie attraktive Kunden. Anleger wie Pensionskassen, Versicherungen oder Rentenfonds sind auf der Suche nach Anlagen mit guter Bonität, um ihr Geld – trotz niedriger Gewinne – sicher anzulegen. Ein Grund dafür ist, dass Finanzinstitute inzwischen Strafzinsen für die Geldaufbewahrung bei der EZB zahlen müssen bzw. in der Schweiz bei der schweizerischen Nationalbank. Die Plattformen finanzieren sich über Gebühren, die bei Vertragsabschluss anfallen.

Können Kommunen solche Plattformen unbedenklich nutzen? Uwe Zimmermann, Stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte und Gemeindebundes und Experte in Fragen der kommunalen Finanzierung sagt auf Anfrage der DEMO: „Schuldschein-Geschäfte wie das der Stadt Essen machen Städte schon seit geraumer Zeit – unabhängig von der Digitalisierung. Was den Weg über das Internet angeht, müssen wir sehen, wie das angenommen wird." Zimmermann würde weder „von vornherein abraten" noch ausdrücklich empfehlen. Vielmehr müsse sich die Kommune, wenn Finanzierungen nötig sind, informieren, welchen Mehrwert ein solcher Weg für sie hat und was es kostet. Auch die Datensicherheit spiele eine Rolle: wie die Daten gespeichert werden oder wer Zugang zu ihnen habe. Zimmermann „Am Ende muss die Kommune die Entscheidung selber treffen."

Sich Geld auf diesem Weg zu beschaffen, davon sind die meisten Kommunen in Deutschland noch weit entfernt. Erfahrungen aus der Schweiz zeigen: Es gibt einige Interessenten an einer solchen Dienstleistung. Nach eigenen Angaben sind nach zehn Monaten über Loanboox in der Schweiz mehr als drei Milliarden Euro abgewickelt worden.

Daniel Kretz ist Leiter Finanzen in Berneck in der Schweiz, einer 4000-Einwohner-Gemeinde im Kanton St. Gallen. Erst vor kurzem hat er sich per Internet einen Kredit verschafft. Er sei zufrieden mit der Abwicklung, sagt Kretz. Zwar sei „die Kommunikation mit unserer Hausbank fast noch einfacher als mit der Plattform: Da schreiben wir nur eine Mail". Doch Kretz wollte herausfinden, „wie die Angebote auf einer solchen Plattform sind". Es ging um eine Summe zwischen „fünf und zehn Millionen Schweizer Franken". Zu den Konditionen sagt er nur so viel: „Unsere Hausbank konnte nicht mithalten mit den Angeboten." Waren Sicherheitsbedenken für den kommunalen Schweizer Finanzchef ein Thema? „Ja, der Sicherheitsaspekt ist immer ein Thema", bestätigt Kretz. „Wir hatten aber keine Bedenken, nachdem uns die Plattform vorgestellt wurde und von unserer Seite nichts zu bemängeln war. Er räumt aber ein, man müsse sich ein Stück weit auf die Angaben der Anbieter verlassen, etwa was die Verschlüsselung angeht. Die Fintechs haben offenbar eine Nische entdeckt. Wie erfolgreich und sicher das Modell sein wird, muss sich noch herausstellen.

FINANZZAHLEN

832,7

Euro beträgt der Bestand der Investitionskredite in Kommunen pro Kopf.

59

Prozent der Kämmerer legen ihren Fokus bei der Kreditsteuerung auf die Optimierung der Laufzeiten und der Zinsbindung.

72

Prozent der Kommunen wünschen sich einfache und verständliche Bankprodukte zur Verbesserung des Kreditmanagements.

QUELLE: KFW KOMMUNALPANEL 2017

FOTO: MICHAEL GOTTSCHALK / PHOTOTHEK.NET

Wartende: In den Ämtern könnte dieses Bild dank digitaler und vernetzter Verwaltungsangebote künftig seltener zu sehen sein.

Ein Kulturwandel ist nötig

Die SPD will die Kommunen auf dem Weg zu Digitalisierung und modernem Open Government unterstützen

Gastautor Lars Klingbeil, MdB

Auf der einen Seite wissen wir: Ein moderner, innovativer Staat und Open Government können erhebliche Potenziale für neue, bessere und effizientere gemeinwohlorientierte öffentliche Dienste beinhalten, aber auch neue Möglichkeiten der Teilhabe und Partizipation der Bürgerinnen und Bürger eröffnen sowie neue Geschäftsmodelle für Unternehmen ermöglichen. Auf der anderen Seite müssen wir noch immer feststellen, dass Deutschland – auch im europäischen und internationalen Vergleich – den Anschluss an die Spitze verloren hat. Es gibt immer noch zu viele Akteure, die in unterschiedliche Richtungen ziehen. Für einen echten Fortschritt brauchen wir einheitliche Standards. Und zwar überall: bei Verfahren, bei Prozessen, bei IT-Sicherheit, beim Datenschutz, der Einbeziehung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Digitalisierungsprozesse oder bei der notwendigen Aus- und Weiterbildung. Das Hauptthema aber ist der Kulturwandel in der Verwaltung.

Der Staat hat guten und kosteneffizienten Service zu bieten

Es liegt in der Verantwortung des Staates, auf allen Ebenen einen entsprechenden diskriminierungsfreien Zugang für die digitale Verwaltung zu schaffen. Der Staat muss dafür rechtliche, technische und soziale Standards setzen und die Daseinsvorsorge garantieren. Er hat den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen guten und kosteneffizienten Service zu bieten. Dies ist, gerade mit Blick auf die Unternehmen, auch eine Frage der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit.

Dabei kommt den Kommunen über den Kernbereich der Verwaltung grundlegende Bedeutung zu. Ziel von Open Government und Kommune 4.0 muss es sein, Beteiligung, Transparenz und Zusammenarbeit zu fördern, Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Wirtschaft an Entscheidungsprozessen teilhaben zu lassen und auch Wertschöpfung zu ermöglichen. Bürger und Unternehmen wollen mit ihrer Verwaltung einfach, schnell und sicher kommunizieren. Moderne Infrastrukturen und Abläufe sind notwendig, um mit der Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft Schritt zu halten. Auch die Beschäftigten der Verwaltung wollen und sollen zeitgemäß arbeiten können.

Das Thema „Digitale Verwaltung und Transformation" nimmt für die SPD einen großen Stellenwert im Rahmen der Digitalen Agenda ein. Nach jahrelangem Kampf hat sie ein WLAN-Gesetz durchgesetzt und damit den Weg frei gemacht für mehr offene Internet-Hotspots in Städten und Gemeinden. Mit dem Onlinezugangsgesetz, dem Open-Data-Gesetz oder auch dem Gesetz zur Förderung des elektronischen Identitätsnachweises wurden mit Unterstützung der SPD wichtige Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht, die den Weg für eine digitale und vernetzte Verwaltung bereiten werden. Zahlreiche Verwaltungsvorgänge wurden vereinfacht, zahlreiche Schriftformerfordernisse wurde abgeschafft. Wir haben damit den notwendigen Rahmen für die Digitalisierung der Verwaltung geschaffen. Am Ende müssen endlich überzeugende Angebote der digitalen Verwaltung zur Verfügung stehen – und zwar auf allen staatlichen Ebenen, vom Bund über die Länder bis zu den Kommunen.

Lars Klingbeil ist Sprecher der Arbeitsgruppe Digitale Agenda der SPD-Bundestagsfraktion.

Leistungen von Bund, Ländern und Kommunen auf einem Portal

Die SPD will ein solches Deutschlandportal schaffen, auf dem spätestens in fünf Jahren weitestgehend alle Prozesse und Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen verfügbar sind. Nutzerinnen und Nutzer sollen sich einfach und sicher mit einer Zugangsberechtigung für alle Verwaltungsdienstleistungen identifizieren können. Niemand soll seine Daten mehrfach übermitteln müssen. Voraussetzung ist natürlich auch hier der schnelle flächendeckende Ausbau von sichereren Gigabit-Infrastrukturen. Wenn das gelingt, können wir auch im Bereich von Open Government und digitaler Verwaltung wieder den Anschluss an die Spitze schaffen. Unterstützung hierbei brauchen vor allem die Kommunen. Die SPD will sie auf dem Weg zu Kommunen 4.0 und zu einem modernen Open Government begleiten, unterstützen und sie in die Lage versetzen, diese Digitalisierungsprozesse auf den Weg zu bringen.

Mehr zum Thema Deutschlandportal lesen Sie auf Seite 10 dieser Ausgabe.

FOTOS: UTE GRABOWSKY/PHOTOTHEK.NET; TOBIAS KOCH

„Wenn ich Bundeskanzler werde, können die Kommunen sicher sein, dass ich niemals außer Acht lassen werde, wo vor Ort der Schuh drückt" kündigt Kanzlerkandidat Martin Schulz an.

„Die SPD ist die Anwältin der Kommunen"

Die Zeit in der Kommunalpolitik hat sein politisches Denken und Handeln geprägt, sagt Kanzlerkandidat Martin Schulz. Er will für verlässliche Finanzen vor Ort sorgen

Interview Karin Nink

Martin Schulz im Bundestagswahlkampf 2017

Sie waren elf Jahre Bürgermeister in der Kleinstadt Würselen, haben dann in Europa Karriere gemacht und sind jetzt Spitzenpolitiker auf Bundesebene: Welche Rolle haben die Kommunen in dem politischen Gesamtspiel?

Die Zeit in der Kommunalpolitik hat mein politisches Denken und Handeln geprägt. Als Bürgermeister einer Kleinstadt wirst du ständig angesprochen, jedes Problem landet am Ende im Rathaus. Ich wohne bis heute in Würselen und bleibe da auch. Die Kommunen sind das Herz unseres Gemeinwesens.

Die SPD kämpft unter dem Slogan „Zeit für mehr Gerechtigkeit" für einen Wahlsieg am 24. September. Wo und wie muss es auf kommunaler Ebene gerechter zugehen?

Die SPD ist die Anwältin der Kommunen. Wir müssen vor allem dafür sorgen, dass die Kommunen finanziell handlungsfähig bleiben. Am Ende hängt's vor Ort nunmal meist am Geld. Und wir haben ja auch in den vergangenen Jahren bereits Entlastungen durchgesetzt. Da machen wir weiter. Die Bürgermeister und kommunalen Verantwortlichen, die brauchen verlässliche Finanzen – deshalb reformieren wir die Grundsteuer verfassungsfest und stabilisieren die Gewerbesteuer. Wir wollen die Investitionskraft der Kommunen stärken, sie von Sozialkosten entlasten und helfen, ihre Altschulden abzubauen.

Ganz konkret: Worauf können die Städte, Gemeinden und Landkreise mit einem Bundeskanzler Schulz setzen?

Wenn ich Bundeskanzler werde, können die Kommunen sicher sein, dass ich niemals außer Acht lassen werde, wo vor Ort der Schuh drückt. Ich bin nahe an den Problemen der Menschen dran. Mit mir zieht auch ein Stück Würselen – eine Kleinstadt mit 40.000 Einwohnern – ins Kanzleramt ein.

In Deutschland gibt es große Unterschiede zwischen den Regionen. Wie lässt sich das ändern?

Indem wir anpacken und da fördern, wo es nötig ist. Deutschland ist ein wohlhabendes Land, aber wir investieren viel zu wenig. Wir wollen 30 Milliarden zusätzlich investieren in Infrastruktur, in schnelles Internet

FOTO: DIRK BLEICKER

auch auf dem Land und in Bildung. Gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen – das ist ein ursozialdemokratischer Auftrag. Das Kooperationsverbot muss weg – und wir sorgen mit einer nationalen Bildungsallianz dafür, dass der Bund bei der Sanierung, Modernisierung und digitalen Ausstattung der Schulen finanziell helfen kann, wo es nötig ist. Gute Bildung darf weder von der Postleitzahl noch vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Bei Ihrer Nominierung zum SPD-Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten war die Euphorie riesengroß. Danach gab es einige Rückschläge. Frustriert das?

Vorsitzender der SPD zu sein, ist eine außergewöhnliche Ehre. Das ist das Amt von Kurt Schumacher, Otto Wels oder Willy Brandt. Ich bin stolz darauf, Vorsitzender der deutschen Sozialdemokratie zu sein, und ich will mit dieser Partei das Kanzleramt zurückerobern. Dazu gehört auch, die Arbeit und die Herausforderungen anzunehmen, mit denen man täglich konfrontiert ist. Klar freue ich mich morgens auch nicht über jede Schlagzeile. Da hab ich manchmal den Kaffee schon auf, bevor ich ihn getrunken habe. Aber Umfragen entscheiden nicht die Wahl, sondern die Wählerinnen und Wähler. Wichtig ist, seine Prinzipien nicht der kurzfristigen Opportunität zu opfern. Ich gehe meinen Weg. Mich wirft so leicht nichts aus der Bahn.

In den vergangenen Monaten sind 23.000 Menschen neu in die SPD eingetreten. Wie haben sie die Partei verändert?

Diese 23.000 Menschen sind eine riesige Bereicherung für die SPD. Sie machen unsere Partei kampfstärker, denn es sind in großem Maße junge Menschen, die sich stark engagieren. Das ist auch die Rückmeldung aus den Ortsvereinen: Die wollen richtig mit anpacken. Diese Wahl wird auf der Straße gewonnen, nicht im Kanzlerflugzeug.

Was macht die SPD gerade für die Jungen attraktiv?

Wir erleben gerade eine Zeit der politischen Beliebigkeit, eine Zeit der schnellen Abfolge von Informationen. Ich glaube, gerade junge Leute spüren, dass ein „Weiter so“ nicht reicht, dass wir unsere Zukunft gestalten müssen. Dass man sich jetzt engagieren muss gegen Rechtspopulismus, gegen die Trumps dieser Welt. Und die SPD vertritt seit 154 Jahren ihre Werte, das ist gerade für junge Menschen attraktiv.

Ein Wahlplakat des SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz hängt in der Stadt Würselen (NRW). Schulz war hier viele Jahre Bürgermeister.

FOTOS: RAINER JENSEN/DPA; MICHAEL GOTTSCHALK/PHOTOTHEK.NET

Martin Schulz bei einer Kundgebung in Hamburg vor seinen Anhängern

Was erwarten Sie im Endspurt von Ihrer Partei?

Ich bin jeden Tag stolz darauf, was die Genossinnen und Genossen vor Ort leisten: bei den Kundgebungen, von Tür zu Tür, an den Ständen usw. Ich habe seit meiner Nominierung am 29. Januar eine SPD erlebt, die geschlossen ist wie selten zuvor. Wir haben unser Wahlprogramm einstimmig verabschiedet – und zwar nicht, weil die Delegierten mussten, sondern weil sie es wollten. Diese Geschlossenheit macht unsere Partei stark und stimmt mich zuversichtlich für die Bundestagswahl. Die SPD erhält ja keine Großspenden von der Industrie wie andere Parteien. Was wir schaffen, müssen wir selber schaffen. Aber wenn die SPD mobilisiert ist, dann sind wir mit unseren Hunderttausenden Mitgliedern auf den Straßen eine echte Macht. Da müssen sich die anderen warm anziehen.

Für starke Städte, Gemeinden und Kreise

Die Bundes-SGK benennt zehn Argumente, die dafür sprechen, bei der Bundestagswahl 2017 die SPD und Martin Schulz zu wählen

Autoren Frank Baranowski, Bernhard Daldrup und Manfred Sternberg

Wir wollen lebenswerte Städte, Gemeinden und Kreise, die den Bürgerinnen und Bürgern eine sichere Heimat und eine leistungsfähige Infrastruktur bieten. Deshalb stärkt die SPD die Kommunen und macht sie zu handlungsfähigen Partnern von Bund, Ländern und Europa. Die SPD ist die Kommunalpartei, die für eine gute Finanzausstattung der Kommunen sorgt, die Daseinsvorsorge sichert und lokale Handlungsmöglichkeiten erweitert. Die SPD ist die vermittelnde Kraft, damit die staatlichen Ebenen zusammenwirken, um allen Menschen Teilhabe am gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Leben zu ermöglichen. Kooperation und gleichwertige Lebensverhältnisse sind Voraussetzungen für eine gesicherte Zukunft und hohe Lebensqualität. Die SPD und Martin Schulz setzen sich für die Solidarität zwischen allen Teilen Deutschlands ein. CDU/CSU stehen für einen Wettbewerbsföderalismus, der die Starken und Reichen bevorteilt. Wir benennen zehn Argumente, die aus kommunaler Sicht dafür sprechen, die SPD und Martin Schulz zu wählen. Die Langfassung finden Sie unter www.bundes-sgk.de.

1. Nur mit der SPD können wir damit rechnen, dass die **Finanzausstattung** der Kommunen verbessert wird, die finanzielle Entlastung der Kommunen von Sozialkosten fortgesetzt, die Investitionskraft der Kommunen nachhaltig gestärkt und Altschulden abgebaut werden.

2. Die Kommunen erhalten von einer SPD-geführten Bundesregierung die erforderlichen Mittel, um die **Kitas** weiter zu verbessern und kostenfrei zu machen.

3. Die SPD wird das begonnene **Schulsanierungsprogramm** des Bundes fortsetzen und zu einem Schulmodernisierungsprogramm ausweiten. Die SPD steht für den flächendeckenden Ausbau von Ganztagsschulangeboten.

4. Die SPD wird die Kommunen zur Unterstützung von **Pflegebedürftigen** und ihren Angehörigen stärken und älteren Menschen die erforderlichen Hilfen zukommen lassen.

5. Die SPD wird verhindern, dass die **erforderliche Integrationsarbeit** für Flüchtlinge zulasten der Kommunen geht. Städte und Gemeinden werden weiterhin bei der Finanzierung dieser wichtigen Arbeit unterstützt werden.

6. Mit Martin Schulz werden wir einen **sozialen Arbeitsmarkt** mit neuen Perspektiven für Langzeitarbeitslose schaffen.

7. Die SPD wird in einer Innovationsallianz mit Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam die ständige Weiterentwicklung der Unternehmen in der **Digitalisierung** befördern und neue Impulse durch „Start-Ups“ unterstützen.

8. Die SPD wird nach Ende des Solidarpaktes in 2019 ein Aktionsprogramm für **gleichwertige Lebensbedingungen** in ganz Deutschland auflegen. Dazu gehört, dass wir nach dem Auslaufen des Solidarpaktes 2019 ein gesamtdeutsches System zur Förderung strukturschwacher Regionen schaffen.

9. Die SPD wird sich auch nach 2019 im Bund für die Soziale Stadt mit einer funktionierenden sozialen Wohnraumförderung und die Städtebauförderung einsetzen und alle unterstützen, die sich für den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren und für dauerhaft bezahlbaren Wohnraum einsetzen.

10. Die SPD wird in einem Bündnis für bezahlbare und nachhaltige Mobilität für eine Verkehrswende sorgen, mit der wir den ÖPNV attraktiver machen und die Infrastruktur verbessern.

FOTOS: PHOTOTHEK THOMAS TRUTSCHEL (3), UTE GRABOWSKY (2), THOMAS IMO (2); 3DKOMBINAT/FOTOLIA.COM

Das Ziel ist der Bundestag

Was bewegt Kommunalpolitikerinnen und -politiker, jetzt für den Bundestag zu kandidieren? Die DEMO hat sich umgehört

Die Fragen stellte Karin Billanitsch

Elke Buttkereit:
„Mein Wahlkampf ist nah bei den Menschen"

1. Was bedeutet die Arbeit in der Kommunalpolitik für Sie?
Als Kommunalpolitikerin trage ich die politische Verantwortung für Entscheidungen, die sich auf das Leben der Menschen und die Gestaltung der Stadt auswirken. Für mich bedeutet das eine direkte Auseinandersetzung und Diskussion vor Ort mit den Bürgern. So etwas erdet und fokussiert.

Elke Buttkereit ist Fraktionsvorsitzende der SPD im Rat von Neukirchen-Vuyn.

2. Was ist Ihr Beweggrund, für den Bundestag zu kandidieren?
Ich möchte die Erfahrungen aus meinem Leben, meiner Arbeit und der Kommunalpolitik nach Berlin bringen. Dort möchte ich Politik transparenter, verständlicher machen. Und ich möchte mich dafür einsetzen, dass Entscheidungen aus dem Bundestag direkter bei den Bürgern ankommen.

3. Was nehmen Sie aus der Kommunalpolitik mit?
Geld ist knapp – vor allem in den Kommunen. Die Entscheidungen über Haushaltssicherungskonzepte und damit Einsparpotenziale sind immer eine Bewertung und Gewichtung von freiwilligen Leistungen; eben den Leistungen rund um Sport, Kultur und soziale Einrichtungen, die das Leben in einer Stadt ausmachen. Der Bund erwirtschaftet demgegenüber große Überschüsse. Diese müssen noch mehr, schneller und unbürokratischer in die Städte und Gemeinden fließen.

4. Welche Themen treiben Sie an?
Aus meinem beruflichen und familiären Hintergrund stehen Arbeit, Familie und die Region als Hauptthemen in meinem Wahlkampf im Focus.

5. Welche Ideen haben Sie für den Wahlkampf?
Mein Wahlkampf ist nah bei den Menschen – Tür zu Tür Aktionen, Besuche in sozialen Einrichtungen und vor allem informative Themenwochen sind geplant. Ich möchte das Gefühl vermitteln: Das ist eine von uns – eine für uns.

Christian Reinke:
„Öffentliche Daseinsvorsorge gehört in kommunale Hand"

1. Was bedeutet die Arbeit in der Kommunalpolitik für Sie?
Ich habe erst spät zur Kommunalpolitik gefunden. Anlass war die Auseinandersetzung um die Re-Kommunalisierung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Rostock ab 2018. Das hat mich 2014 motiviert, für die Rostocker Bürgerschaft zu kandidieren, in die ich auf Anhieb gewählt wurde. Ich bin der festen Überzeugung, dass die maßgeblichen Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge in kommunale Hand gehören.

Christian Reinke ist Bürgerschaftsmitglied in Rostock.

2. Was ist Ihr Beweggrund, für den Bundestag zu kandidieren?
Neben meiner starken lokalen Verankerung ist das Streiten für soziale Gerechtigkeit ein Grund. Ich bin seit mehreren Jahren als Lehrender im Bereich VWL tätig. Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie es ist, auch mal arbeitslos zu sein oder auch von einem befristeten Arbeitsvertrag bzw. selbständigen Lehrauftrag zum nächsten zu hangeln. Ich war schon früher ein Kritiker der Arbeitsmarktreformen unter Schröder. Das persönliche Erleben hat hier aber nochmal vieles geschärft. Ich würde gern dazu beitragen, dass die SPD wieder klarer Politik für Arbeitnehmer, junge Familien oder Rentner betreibt.

3. Was nehmen Sie aus der Kommunalpolitik mit?
Aus der Kommunalpolitik nehme ich definitiv mit, dass es vor allem die Kommunen sind und die Kommunalvertretungen, die die Gesetze und Regelungen vor Ort zu spüren bekommen und in konkretes Handeln überführen müssen.

4. Welche Themen treiben Sie an?
Neben klassischen sozialdemokratischen Themen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik (Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, stärkere Regulierung der Leih- und Zeitarbeit, Rückkehrrecht in Vollzeit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit) möchte ich mich auch für eine Stärkung der gesetzlichen Rente einsetzen. Als Rostocker Kommunalpolitiker ist mir auch wichtig, dass es genügend Mittel für ein soziales Wohnungsbauprogramm gibt.

5. Welche Ideen haben Sie für den Wahlkampf?
Ich setze auf den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern – ob an der Haustür, am Stand, bei meiner Sommertour oder auf Veranstaltungen. Zusätzlich ist der Online-Wahlkampf eine wichtige Säule. So erreiche ich viele, die nie an einen Stand der SPD kommen würden.

Wiebke Esdar:
„Ich kämpfe für einen starken Sozialstaat"

1. Was bedeutet die Arbeit in der Kommunalpolitik für Sie?
Kommunalpolitik war in den letzten Jahren mein liebstes Ehrenamt. In der Kommunalpolitik kann ich konkret vor Ort mitgestalten, was das Leben der Bürgerinnen und Bürger verbessert und in welchem Stadtbezirk wir welche Maßnahmen umsetzen wollen.

2. Was ist Ihr Beweggrund, für den Bundestag zu kandidieren?
Viele politische Themen werden in Berlin beschlossen und setzen damit Rahmenbedingungen, auch darüber, wie Kommunalpolitik entscheiden kann. Da möchte ich mich einmischen. Mein wichtigster Punkt dabei: Konnexität muss eingehalten werden.

Wiebke Esdar ist Ratsmitglied für den Wahlkreis Sudbrack in Bielefeld.

3. Was nehmen Sie aus der Kommunalpolitik mit?
Einen guten Einblick in fachliche und sachliche Zusammenhänge – vor allem bei der Finanzierung von Maßnahmen. Das heißt konkret, aus meiner Erfahrung im Jugendhilfeausschuss, dass wir die Projektfinanzierung zurückfahren und die Grundfinanzierung erhöhen müssen, wenn qualitativ hochwertige Kinder- und Jugendarbeit zu fairen Beschäftigungsbedingungen geleistet werden soll.

4. Welche Themen treiben Sie an?
Ich kämpfe für einen starken Sozialstaat, der in der Lage ist, das Leben der Menschen besser zu machen, der präventiv stärkt und – wo nötig – gute Unterstützung bietet.

5. Welche Ideen haben Sie für den Wahlkampf?
Ich werde auf meinen Themen-Flyern konkret versprechen, was ich nach der Wahl umsetze: etwa ein Planspiel in dem Jugendliche meine parlamentarische Arbeit erleben können, oder eine regelmäßige Einladung von Ehrenamtlichen, um ihre Erfahrungen nach Berlin zu tragen. Und dass ich jährlich ein Praktikum in der Pflege absolviere, um praktische Erfahrungen aus diesem Bereich in die politische Diskussion einfließen lassen zu können.

Lesen Sie mehr unter
demo-online.de/kommunal-blog

Fünf Fragen an

Frank Baranowski, Vorsitzender der Bundes-SGK, zu den Themen, die aus kommunaler Sicht bei der Bundestagswahl 2017 besonders hervorzuheben sind

Sie befürworten einen staatlich finanzierten Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose. Inwiefern können öffentlich geförderte Jobs aus kommunaler Sicht sinnvoll sein?

Ich bin davon überzeugt: Wir brauchen einen sozialen Arbeitsmarkt, um insbesondere langzeitarbeitslosen Menschen eine Perspektive zu geben und sie dabei zu unterstützen, sinnstiftende Tätigkeiten auszuüben. Leider müssen wir in NRW gerade erleben, dass ein von der SPD-geführten Landesregierung angestoßenes Modellprojekt vom neuen CDU-Minister wieder kassiert wird. Es geht hierbei um Menschen, die im Grunde alle Maßnahmen, die es gibt, durchlaufen haben und trotzdem weiterhin ohne Arbeit sind. Die Arbeitsplätze, die hierfür gebraucht werden, gibt der derzeitige Arbeitsmarkt nicht her. Wir haben die Wahl: Die Menschen müssen entweder bis zur Rente von Hartz IV leben oder wir schaffen neue und innovative Beschäftigungsmöglichkeiten. Ich finde, das haben die Menschen verdient. Niemand sollte von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen werden.

Was kann getan werden, damit die Finanzausstattung strukturschwacher Kommunen gesichert ist?

Zunächst ist ja bereits einiges getan worden. Insbesondere die SPD-regierten Länder haben Unterstützungsprogramme für Kommunen auf den Weg gebracht. Auch der Bund hat finanzielle Zusagen gemacht und außerdem große Förderprogramme geschnürt. Es bleibt jedoch beim Grundproblem: Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, aus eigener Kraft ihren Regelaufgaben nachzukommen. Gerade für strukturschwache Kommunen sind ein Programm zum Abbau der Altschulden nötig sowie neue Investitionsspielräume.

In lebenswerten Städten spielt nachhaltige Mobilität eine wichtige Rolle. Welche Konzepte sind hier erfolgversprechend?

Es braucht intelligente und innovative Lösungen – und mehr Mut bei den handelnden Akteuren. Gerade in Ballungsräumen sind sowohl der öffentliche Personennahverkehr als auch die öffentlichen Straßen überlastet. Es kommt also auf eine geschickt verknüpfte Mischung an oder neudeutsch: modal split. Dass nachhaltige Mobilität möglich ist, zeigen Städte wie z.B. Kopenhagen.

Die wichtige Integrationsarbeit für Flüchtlinge findet vor Ort in den Kommunen statt. Die Flüchtlingspauschale ist zeitlich befristet. Was ist zu tun, damit die Lasten der Zuwanderung nicht zu Lasten der Kommunen gehen?

Eine Belastung der Kommunen nehme ich bereits jetzt schon wahr. Einige Kommunen bewegen sich am Limit. Die Kanzlerin hat gesagt: „Wir schaffen das." Die Voraussetzungen dafür, dass vor Ort, in den Städten und Gemeinden, Integration erfolgreich gelingen kann, hat die Kanzlerin nicht geschaffen. Das halte ich für einen Skandal! Gerade in Zeiten, in denen der Bund über ein mehr als ausreichendes finanzielles Polster verfügt. Darüber hinaus wird das Problem der Zuwanderung aus Südosteuropa von der Kanzlerin schlicht ausgeblendet. Zynischer geht es kaum. Hier füllt Deutschland seine europäische Rolle in keiner Weise aus. Hinzu kommt, dass die Belastungen sehr ungleich auf die Kommunen verteilt sind.

Auf die Kommunen kommen große Herausforderungen zu, weil die Gesellschaft altert. Was ist erforderlich, damit die Älteren unterstützt werden und sie umfassend am Alltag teilhaben können?

Zunächst finde ich es wichtig, dass eine Gesellschaft ohne Zukunftsangst altern kann. Niemand darf die Sorge haben, im Alter zu verarmen und damit von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen zu sein. Dafür ist es wichtig, bei der Gestaltung der Rentenpolitik die entsprechenden Vorkehrungen zu schaffen. Andererseits kommt es darauf an, vor Ort in den Städten geeignete, unterstützende Strukturen zu etablieren. In meiner Heimatstadt Gelsenkirchen haben wir beispielsweise die sogenannten Nachbarschaftsstifter ins Leben gerufen. Sie vermitteln und leisten Nachbarschaftshilfe. Gleichzeitig sind sie ehrenamtliche Lotsen für die Belange im Quartier.

Bessere Kita-Betreuung

Der Betreuungsschlüssel in deutschen Kitas hat sich laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung verbessert. So ist er im Krippenbereich zwischen 2012 und 2016 im Schnitt von 4,8 auf 4,3 gesunken. Experten empfehlen ein Verhältnis von einem Betreuer auf drei Kinder. Um die Qualität der Betreuung weiter zu erhöhen und die Perspektiven der Beschäftigten zu verbessern schlägt Familienministerin Katarina Barley (SPD) vor: Der Bund soll die Länder ab 2022 mit jährlich fünf Milliarden Euro unterstützen. Der DStGB fordert Bund und Länder auf, gemeinsam mit den Kommunen einen Masterplan zu erstellen, um die Finanzierung der Kinderbetreuung auf eine neue Grundlage zu stellen. *CFH*

Mehr dazu: www.demo-online.de

Keine Software für alle

Nach der Einführung der „Ehe für alle" stehen Standesämter im ganzen Bundesgebiet vor einem Software-Problem. In den Personenstandsregistern kann die Ehe zwischen zwei Partnern gleichen Geschlechtes bisher nicht eingetragen werden. Das ist aus der Berliner Innenverwaltung zu hören Die Standesamts-Mitarbeiter müssen deshalb einen der Ehepartner im Softwareprogramm mit einer falschen Geschlechtsangabe versehen. Das Bundesinnenministerium arbeitet an einer Lösung. Zum 1. November 2018 sollen gleichgeschlechtliche Ehen dann korrekt erfasst werden können. *CFH*

Handreichung zur E-Akte

Der Deutsche Landkreistag hat eine Handreichung zur Einführung der E-Akte in der Kreisverwaltung veröffentlicht. Die 24-seitige Broschüre kann auf der Internetseite des Verbandes kostenlos heruntergeladen werden. Der Schwerpunkt liegt laut Landkreistag auf der Planung, Einrichtung und Umsetzung entsprechender Dokumentenmanagementsysteme und elektronischer Akten. Unter die Lupe genommen werden auch Themen wie das ersetzende Scannen von Dokumenten, Archivierung und Authentifizierung. Das Thema E-Akte gewinnt auch im Zuge des Onlinezugangsgesetzes (siehe Seite 10) an Bedeutung. *CFH*

landkreistag.de/publikationen.html

FOTO: DIRK BLEICKER

Landrat Theophil Gallo auf dem Demografiekongress: „Man vernetzt sich und hilft sich gegenseitig, den Wandel zu meistern."

FOTO: GESUNDHEITSSTADT BERLIN

Ein Pakt für den demografischen Wandel

Auf dem Demografiekongress in Berlin wurde erklärt, wie der Saarpfalz-Kreis sich für die Zukunft wappnet

Autor Carl-Friedrich Höck

Der demografische Wandel trifft den Saarpfalz-Kreis (Saarland) mit großer Wucht. „Wir gehen davon aus, dass wir in den nächsten zehn bis 15 Jahren bis zu 20.000 Menschen im Kreis verlieren", schildert Landrat Theophil Gallo die Situation. Auf dem Demografiekongress am 31. August und 1. September in Berlin legte er in einem Forum dar, wie der Landkreis auf die Entwicklung reagiert – gemeinsam mit dem Demografiebeauftragten des Saarpfalz-Kreises Mark Herzog.

Der SPD-Politiker Theophil Gallo ist seit 2015 Landrat. Zu Beginn seiner Amtszeit gründete er gemeinsam mit den Kommunen des Kreises einen Demografiepakt. Die Idee: Man vernetzt sich und hilft sich gegenseitig, den Wandel zu meistern.

> **Beim demografischen Wandel ist das Saarland den anderen Bundesländern um sechs Jahre voraus.**
>
> Mark Herzog, Demografiebeauftragter des Saarpfalz-Kreises

„Es ist ein zweiseitiges Papier, mit dem wir uns verpflichten, stärker als bisher zusammenzuarbeiten", sagt Gallo. Diese noch recht abstrakte Vereinbarung wird nach und nach mit Leben gefüllt. Zum Beispiel, so Gallo, bereise er mit seinen Mitarbeitern die Kommunen und diskutiere dort mit den Verantwortlichen, wie sie ihre Profile weiterentwickeln können, was sie dafür brauchen und wie der Kreis sie unterstützen kann. Konkrete Schritte legt ein kürzlich vorgestelltes und gemeinsam mit vielen Beteiligten ausgearbeitetes Kreisentwicklungskonzept fest. Es soll eine Vision für die kommenden zehn bis 15 Jahre umreißen.

„Wir wollen den Kommunen helfen, die an Atemnot leiden", sagt Gallo. Ihnen mangele es an Geld, aber oft auch an Personal, um bereitgestellte Fördermittel abzurufen. Also hilft der Landkreis aus, wirbt gemeinsam mit den Kommunen Projektmittel ein oder verbessert die Strukturen für Ehrenamtliche. So will der Kreis hauptamtliche Feuerwehrleute einstellen, um die weniger werdenden Freiwilligen zu unterstützen. Im Gegenzug machen auch die Bürgermeister Zusagen, um die gemeinsamen Ziele zu erreichen – etwa, für einen bestimmten Zeitraum auf Kürzungen im Kulturbereich zu verzichten.

Bildung ist ein Schlüssel

Eine Säule, um den Kreis attraktiv und lebenswert zu halten, ist die Bildung. Eine neu gegründete „Leitstelle lebenslanges Lernen" soll die vielfältigen Bildungsangebote im Kreis fördern, koordinieren und auf Basis von Daten weiterentwickeln – angefangen von schulischen Angeboten über Weiterbildungsmaßnahmen bis hin zur Integration der Zuwanderer. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Bereich Pflege und Gesundheit. Das Kreiskrankenhaus habe eine vernetzende Funktion für die Region und damit eine Rendite, die sich nicht nur in roten oder schwarzen Zahlen berechnen lasse, unterstreicht Gallo.

Um es älteren Menschen zu erleichtern, länger im eigenen Zuhause zu leben, kooperiert der Landkreis mit einem saarländischen Softwareunternehmen. Dieses baut ein lokales Kommunikationsnetzwerk auf, Hakisa genannt. Ein Grundgedanke des Projektes: Die Hemmschwelle, Kontakt zu Menschen aus der Nachbarschaft aufzunehmen, ist online niedriger als an der Haustürklingel. Indem sich die Nachbarn in Gruppen organisieren, können sie einander besser unterstützen. Wenn beispielsweise ein Sensor einen möglichen Einbruch meldet, genügt es, wenn einer aus der Gruppe nachschauen geht.

„Wir versuchen, die veränderten Bedürfnisse der Menschen zu gestalten", fasst Mark Herzog zusammen. Es ist eine vielschichtige Aufgabe.

Weitere Informationen

www.der-demografiekongress.de

Anzeige

„Überlassen Sie die Besetzung von Führungspositionen nicht dem Zufall …"

– Edmund Mastiaux, Inhaber

zfm

zfm • Seit 25 Jahren Personalberatung für Verwaltungen und kommunale Unternehmen
www.zfm-bonn.de

Digitale und reale Welt verbinden: Einzelhändler der Stadt Coburg präsentieren sich im Internet, um im echten Leben erfolgreich zu bleiben.

„Digitale Einkaufsstadt"

Damokles-Schwert oder Investition in eine erfolgreiche Zukunft?

Autor Norbert Tessmer, Oberbürgermeister Stadt Coburg

Report Wirtschaftsförderung und Standortpolitik

Norbert Tessmer

Coburg ist neben Günzburg und Pfaffenhofen an der Ilm eine von drei Städten für das Modellprojekt „Digitale Einkaufsstadt" des bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie. Seit eineinhalb Jahren läuft die Unterstützung durch ein Expertengremium, damit der digitale Wandel in der Stadt und vor allem bei den ansässigen Händlern effizienter umgesetzt werden kann.

Die Stadt Coburg ist mit ihren 41.000 Einwohnern ein wichtiges Bindeglied zwischen Oberfranken und Südthüringen. Der Einzugsbereich als Oberzentrum umfasst rund 300.000 Einwohner. Damit übernimmt Coburg auch als Handelsstandort eine zentrale Rolle.

Trotz guter Rahmenbedingungen ist in der Vestestadt der laufende Strukturwandel im Bereich des Einzelhandels spürbar: Kunden ändern zunehmend ihr Einkaufsverhalten und nutzen das Internet stärker als Informations- und Bezugsquelle. Wie sollen lokale Händler darauf reagieren? Bei einigen Unternehmern lösen schon Begriffe wie „Multi-Channeling" oder „Big Data" Unmut oder Hilflosigkeit aus. E-Commerce und digitale Innovationen im Internet bergen für sie mehr Herausforderungen als zukunftsweisende Chancen. Was braucht man wirklich, um im digitalen Zeitalter mit seinen Ideen und Verkaufsvorstellungen zu bestehen? Viele Händler wenden sich hilfesuchend an Partner in den städtischen Abteilungen. Wie kann eine Zusammenarbeit aussehen und welcher Weg ist für Stadt und Handel der aussichtsreichste?

Der Wandel führt zu Ängsten

„Der anhaltende Strukturwandel im Bereich des Handels erfordert mehr und mehr die effiziente Verknüpfung verschiedener Kanäle, on- wie offline, und stellt den lokalen, mittelständischen und insbesondere den inhabergeführten Einzelhandel in den Innenstadtlagen vor eine immense Herausforderung, was nicht zuletzt Ängste sowie Abwehrhaltungen hervorbringt", weiß Karin Engelhardt als Leiterin der Stabsstelle für E-Government der Stadt Coburg. In Coburg gebe es viele Beteiligte im digitalen Prozess, die die Stadt in Bewegung halten. Neben jungen Digitalen und erfahrenen E-Commerclern gebe es auch Verzagte, denen es schwerfällt, sich für Neues zu öffnen. Es gibt aber auch Lokalpatrioten, Stadtbummler, alte und junge Online-Shopper und das städtische Citymanagement sowie die Stadt Coburg mit all ihren technischen Möglichkeiten und Handlungsspielräumen. „Bei uns beschäftigen sich viele Akteure und Experten mit dem digitalen Wandel. Es gibt sehr unterschiedliche Seiten der digitalen Einkaufsstadt", erklärt Karin Engelhardt. So haben Vertreter der Wirtschaftsförderung, des Stadtmarketings, der Industrie- und Handelskammer zu Coburg, des Bauamtes sowie zahlreiche Händler vor Ort erkannt, dass es besser ist, sich gemeinsam mit dem Thema E-Commerce auseinanderzusetzen. Grundlage dazu war die Teilnahme am Wettbewerb um das Modellvorhaben „Digitale Einkaufsstadt Bayern" des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, den die Stadt 2015 zusammen mit zwei weiteren bayerischen Kommunen, gewann.

Keine Lösung passt für alle

Noch bis Ende dieses Jahres wird Coburg als Modellstadt auf dem Weg zur „Digitalen Einkaufsstadt" begleitet. Ziel des Projektes ist es, den Einzelhandel mit einer effizienten Verknüpfung von stationärem und Online-Handel fit für die digitale Zukunft zu machen. In Zusammenarbeit mit den lokalen Händlern wurden Lösungen kreiert, die sich an den Bedürfnissen vor Ort orientieren. „Nicht für jeden Händler steckt die Lösung des Problems in der Schaffung eines Online-Shops. Ganz bewusst setzt man in Coburg daher nicht auf von oben ‚aufoktroyierte', vorrangig technologiegetriebene ‚One-size-fits-all'-Lösungen wie ein ‚Online-Warenhaus' mit gemeinsamem Warenkorb, sondern auf die Aktivierung von Personen und lokalen Netzwerken", so Karin Engelhardt.

Ein Expertenteam entwickelte die Internetseite „GoCoburg" (www.gocoburg.de), auf der sich Handel, Gastronomie und Dienstleistungen der Stadt präsentieren. Die vielfältigen Beiträge werden auf zahlreichen Kanälen (wie Facebook oder Instagram) verbreitet und informieren so die Verbraucher über die Angebote. „Wichtig ist es, auf irgendeine Weise im Netz präsent zu sein, Angebote zu machen, um Kunden zu erreichen und zu halten", erläutert Andreas Kücker, Geschäftsführer der Coburger Agentur Klickfeuer und Betreiber von „GoCoburg".

Zusammenfassend gilt: Es gibt keine generelle Lösung für eine Stadt und ihre Händler, sondern viele verschiedene Ansätze. Im Vordergrund steht das spezifische Zusammenspiel aus on- und offline. Die Händler haben gelernt, nicht gegeneinander, sondern miteinander zu arbeiten. Für Coburg ist das Siegel „Digitale Einkaufsstadt" eine Auszeichnung und die Möglichkeit, die reale Einkaufsstadt mit ihrem vorhandenen Mix aus Filialisten, kleinen individuellen Boutiquen, Restaurants und Cafés lebendig zu halten.

FOTOS: ANDREAS KÜCKER; STADT COBURG

Freu dich auf die Zukunft

Wir gestalten die Mobilität der Zukunft

Der Klimaschutz im Verkehr wird in den kommenden Jahren eine große Herausforderung, aber auch ein Impulsgeber für Deutschland sein. Innovative und emissionsfreie Mobilität im ÖPNV trägt dazu bei, den CO_2-Ausstoß insgesamt zu reduzieren. So werden unsere Städte nicht nur sauberer, sondern auch lebenswerter.

VDV Die Verkehrsunternehmen

So geht Mobilität 2030

Anzeigen-Sonderveröffentlichung 09-10/2017

Von der Stätte der Niederlage zum neuen Stück Stadt

In Essen entwickelt RAG Montan Immobilien neue Ideen für nicht mehr genutzte Standorte des Bergbaues

Autor Prof. Dr. Hans-Peter Noll, Vorsitzender der Geschäftsführung der RAG Montan Immobilien

Ausgehend vom Kreativ.Quartier Lohberg in Dinslaken wird Deutschlands größter zusammenhängender CO_2-neutraler Standort gestaltet.

Der Prozess im Umgang mit den frei werdenden Flächen hat sich seit den 1960er Jahren, seitdem sich der Bergbau im Ruhrgebiet kontinuierlich zurückzieht, komplett verändert. Mit der im Ruhrgebiet stattfindenden Internationalen Bauausstellung IBA-Emscherpark entschied die RAG, die Flächen selbst zu entwickeln und damit auch eine aktive Rolle im Strukturwandel wahrzunehmen: Man wollte in den Kommunen auf den vormals genutzten Flächen keine verbrannte Erde hinterlassen. Von diesem Zeitpunkt an, Anfang der 1990er Jahre, begann die RAG Montan Immobilien auf den betrieblich nicht mehr genutzten Flächen des Bergbaues mit einer nachhaltigen Flächen- und Projektentwicklung.

Seit 40 Jahren kümmert sich die RAG Montan Immobilien um diese Standorte und bringt sie wieder in den Wirtschaftskreislauf ein. Es sind Flächen, die sperrig sind wegen der Größe, die schwierig sind wegen der vorherigen Nutzung, die Stätten der Niederlage sind aufgrund der Stilllegung und des damit verbundenen Verlustes von Arbeitsplätzen und Wirtschaftskraft. Aus einem ehemaligen Bergwerk wieder ein neues Stück Stadt zu schaffen, Altlasten zu sanieren und neue Betriebe sowie neues Leben anzusiedeln – das kann bis zu 15 Jahre dauern. Keine Fläche ist ein Selbstläufer. Wichtig für ein erfolgreiches Projekt ist, dass von der Kommune über die Bürger und Wirtschaftsförderer bis zum Eigentümer alle gemeinschaftlich handeln.

Für jede Fläche wird die richtige und passgenaue Nutzung gesucht. Das kann ein Logistikstandort sein wie das GVZ Ellinghausen in Dortmund oder logport IV in Kamp-Lintfort, ein Gewerbestandort wie der Gewerbepark Gladbeck Brauck oder das Gewerbegebiet Wackenberg in Ensdorf. Ein Stadtquartier wie Consol 3/4/9 in Gelsenkirchen oder ein Creativquartier Fürst Leopold in Dorsten, ein Wohngebiet Niederberg 1/2/5 in Neukirchen-Vluyn oder Schwarzer Weg in Bergkamen. Aber auch ein Stadtteilpark wie der Lippepark in Hamm oder ein Funsportareal im Service- und Gewerbepark Minister Stein in Dortmund, ein Biomassepark Hugo in Gelsenkirchen, ein Windpark Kohlenhuck in Moers auf einer ehemaligen Halde oder die Photovoltaikanlage Mellin in Sulzbach.

> **Aus einem ehemaligen Bergwerk ein neues Stück Stadt schaffen – das kann bis zu 15 Jahre dauern.**
>
> Prof. Dr. Hans-Peter Noll, RAG Montan Immobilien

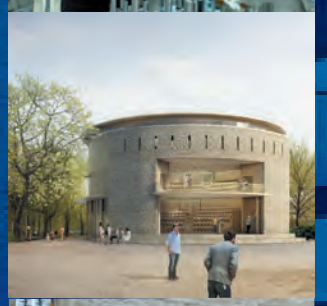
Besonders hervorheben möchte ich drei Beispiele für den Wandel, den die RAG Montan Immobilien auf den Weg gebracht hat. Dazu zählt das Entwicklungsprojekt auf dem Areal der 1978 stillgelegten Zeche „Mont Cenis" im Herner Stadtteil Sodingen. Seit Ende der 1990er Jahre ist rund um die architektonisch eindrucksvolle Fortbildungsakademie „Mont Cenis" ein integriertes und energetisch modernisiertes Stadtquartier entstanden. Rund um den 180 Meter langen, 75 Meter breiten und 15 Meter hohen Glaskubus der Akademie mit integriertem Hotel finden sich neue Wohnhäuser für Familien, seniorengerechte Wohnangebote, ein Kindergarten, ein Einzelhandelszentrum mit Arztpraxen sowie eine attraktive Parklandschaft. „Mont Cenis" ist inzwischen ein Stadtteilzentrum mit hoher urbaner Qualität und gilt als Modell für zeitgemäße und nachhaltige Stadtentwicklung und Symbol für erfolgreichen Strukturwandel inmitten des Ruhrgebietes.

Biotop und Wasserlauf vor der Tür verbunden mit der größten Haldenlandschaft Europas: Der Zukunftsstandort Ewald im Hertener Süden gilt nicht nur für seine Gestaltung, für die es 2007 den „Deutschen Landschaftspreis" gab, als Musterbeispiel für die Wiedernutzung von industriellen Brachflächen. Rund 1400 neue Arbeitsplätze sind auf dem 52 Hektar großen Areal des ehemaligen Bergwerkes bereits entstanden, das Spektrum reicht von Showbusiness, Motorworld und Industriekultur auf der einen Seite und Logistik, Handwerk und Hightech auf der anderen.

Ein weiterer aktueller Beweis für den Wandel ist das Kreativ.Quartier Lohberg in Dinslaken. Dort wird ein neues Stück Stadt gestaltet – ausgehend vom Kreativ. Quartier übergreifend auf die Gartenstadt Lohberg sogar Deutschlands größter zusammenhängender CO_2-neutraler Standort. Zum Projekt gehören neben rund 230 Hektar Haldenlandschaft die zentralen 40 Hektar großen Flächen des ehemaligen Bergwerkes Lohberg mit einem neuen Wohn- und Gewerbegebiet, einem Dienstleistungsbereich für Kreativwirtschaft sowie einer großflächigen Parklandschaft. Die Neunutzung des ehemaligen Zechengeländes wird erhebliche Wirkungen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Stadtteiles haben. Das Gesamtprojekt soll bis zum Jahr 2020 abgeschlossen sein. Das Kreativ.Quartier Lohberg wird dann Raum für rund 600 neue Bewohner und rund 500 Arbeitsplätze in den Bereichen Dienstleistung, Bildung und Gewerbe bieten.

FOTO: RAG MONTAN IMMOBILIEN / THOMAS STACHELHAUS

Schwäbisch Hall



reichHalltig

- **Schwäbisch Hall ist Wirtschaftsstadt**
  mit den Gewerbegebieten Solpark, Hessental, Sulzdorf und dem Gewerbepark Schwäbisch Hall-West. Profitieren Sie vom guten Branchenmix, dem Packaging Valley Schwäbisch Hall, den innovativen Unternehmen, dem Adolf-Würth-Airport und dem Haus der Wirtschaft im Solpark. Kennen Sie unsere Angebote zur Existenzgründung?

- **Schwäbisch Hall ist attraktiver Wohnort**
  mit hoher Wohn- und Lebensqualität, schönen Wohnbauplätzen, interessanten Wohnungen und Häusern in der Nähe Ihres Arbeitsplatzes, die perfekt auf die Bedürfnisse von Familien, Jugendlichen und Kindern zugeschnitten sind. Leben und Arbeiten lässt sich hier vortrefflich miteinander verbinden.

- **Schwäbisch Hall ist optimaler Arbeitsort**
  mit hervorragenden Perspektiven durch das vielfältige Arbeitsplatzangebot der zahlreichen Weltmarktführer, Hidden Champions, Finanz- und Dienstleistungsunternehmen sowie dem Gesundheitswesen. Auszubildende sind herzlich willkommen.

- **Schwäbisch Hall ist Bildungsstadt**
  mit einem breiten Spektrum an Bildungseinrichtungen. Informieren Sie sich über die flexiblen Möglichkeiten im Haus der Bildung sowie über die Management-Studiengänge am Campus Schwäbisch Hall der Hochschule Heilbronn.

- **Schwäbisch Hall ist Freizeitstadt**
  mit einer Vielzahl an Freizeiteinrichtungen und Angeboten für Wellness, Sport, Erholung und Gesundheit. In unserer Stadt ist attraktives Wohnen in einer schönen Landschaft Wirklichkeit. Das Szeneangebot ist riesig und unsere besondere Altstadtkulisse hat Flair!

- **Schwäbisch Hall ist Kulturstadt**
  mit einem sehr vielfältigen Angebot an kulturellen Veranstaltungen und Museen. Kunsthalle Würth, Johanniterkirche mit ihren „Alten Meistern in der Sammlung Würth“, Präsentation der Schutzmantelmadonna von Hans Holbein d. J. und die Freilichtspiele sind die regionalen Leuchttürme.

Besuchen Sie uns beim Kongress „Gipfeltreffen der Weltmarktführer“ am 30. Januar bis 1. Februar 2018 in Schwäbisch Hall

Stadt **Schwäbisch Hall**
Am Markt 7/8
74523 Schwäbisch Hall
www.schwaebischhall.de

SchwäbischHall

factum | adp . Neuenstein

Insgesamt 58 Hektar umfasst die Teilfäche der ehemaligen Sinteranlage der Westfalenhütte, die von der Dortmund Logistik GmbH in zwei Bauabschnitten zu einem hochmodernen Logistik-Standort entwickelt wird. Schon Anfang 2018 wird der erste Investor dort bauen.

„Ein aktiver Beitrag für den Strukturwandel"

In Dortmund entsteht ein hochmodernes Logistikzentrum

Autorin Christiane Hinkerohe

Dortmund, Wirtschafts- und Handelszentrum Westfalens, ist mit über 600.000 Einwohnern eine der größten Metropolen in Deutschland und als Ruhrgebietsstadt vom Strukturwandel geprägt. Die DSW21-Gruppe als Infrastrukturunternehmen ist Teil dieser Stadt und ihrer Entwicklung. Mobilität, Logistik, Strom, Gas und Wasser, aber auch Stadtentwicklung, Wohnraum und Telekommunikation – diese vielfältigen Dienstleistungen erbringt DSW21 mit seinen Töchtern. Die jüngste von ihnen, die Dortmund Logistik GmbH, bringt aktuell Bewegung in eine Brachfläche im Nordosten der Dortmunder Innenstadt: In zwei Bauabschnitten entwickelt sie die Fläche der ehemaligen Sinteranlage der Westfalenhütte zu einem hochmodernen Logistik-Standort.

Exzellente Anbindung

Ende 2014 hatte Dortmund Logistik die 58 Hektar große Teilfläche von ThyssenKrupp erworben; seitdem laufen die Gespräche mit verschiedenen Logistikunternehmen. Und schon Anfang 2018 wird der erste Investor am neuen Standort bauen: Auf einem 16 Hektar großen Teilstück wird die REWE DORTMUND Großhandel eG ein neues Frischelager errichten und damit auch ein Zeichen für den Erhalt bestehender und die Schaffung weiterer Arbeitsplätze in der Region setzen.

> **Wir sorgen mit dafür, dass im Herzen von Dortmund neue Arbeitsplätze entstehen.**
>
> Silke Seidel, Geschäftsführerin Dortmund Logistik GmbH

Die Dortmund Logistik GmbH

Die Dortmund Logistik GmbH ist eine Projektgesellschaft: DSW21 ist zu 51 Prozent, das Weseler Unternehmen Tre-Co Trapp Real Estate GmbH & Co. KG zu 49 Prozent am Unternehmen beteiligt. Geschäftsführer sind Silke Seidel (DSW21) und Max Trapp (Tre-Co).

Die Attraktivität des Standortes hat viele Gründe: Dortmund gilt als Logistik-Knotenpunkt mit weltweiten Verbindungen – sechs Autobahnen, die DSW21-Töchter Dortmund Airport mit Cargo-Terminal und der Dortmunder Hafen, größter Kanalhafen Europas mit hochmodernem Container-Terminal, ermöglichen eine einwandfrei funktionierende Logistik. Nicht umsonst steuern rund 50 Distributionszentren, unter anderem Ikea, thyssenkrupp und eben REWE, ihre Warenströme erfolgreich von Dortmund aus. Die Fläche der Dortmund Logistik GmbH grenzt unmittelbar an die B236, verfügt also über eine exzellente Anbindung an das regionale und somit auch überregionale Straßennetz. Und die Mitarbeiter, die künftig dort ihren Arbeitsplatz haben, werden den Standort ebenfalls schätzen: Am nahegelegenen Bahnhof Dortmund-Kirchderne halten stündlich bis zu drei Regionalbahnen, die zwischen Dortmund Hauptbahnhof und der Nachbarstadt Lünen verkehren, eine Buslinie von DSW21 ergänzt die gute Nahverkehrsanbindung.

Die Arbeiten für den ersten Bauabschnitt haben im September 2015 begonnen, Baureifmachung und Erschließung dieses ersten Bauabschnittes werden noch bis Anfang 2018 andauern. Durch die frühere industrielle Nutzung ist das Gelände sehr stark zerklüftet und weist Höhenunterschiede von durchschnittlich zwei bis drei, im Extremfall sogar bis zu neun Metern auf. Daher wird zusätzliches Bodenmaterial – insgesamt rund 2,4 Millionen Kubikmeter – eingebaut, um diese Höhenunterschiede auszugleichen. Anschließend erfolgen mit dem Bau von Straßen, Kanälen und Versorgungsleitungen die weiteren Erschließungsarbeiten. Bis Ende 2020 sollen auch die Bodenauffüllungen im zweiten Bauabschnitt parallel zur Vermarktung der Fläche durchgeführt werden.

Mehr Interessenten als Fläche

Natürlich sollen Herrichtung und Umbau des Geländes kein Zuschussgeschäft sein, „wir wollen damit durchaus Geld verdienen und können es auch – es gibt deutlich mehr Interessenten als Fläche", so Dortmund Logistik-Geschäftsführerin Silke Seidel. „Daneben betrachten wir unser Engagement hier aber vor allem als aktiven Beitrag für den Strukturwandel, indem wir mit dafür sorgen, dass im Herzen von Dortmund neue Arbeitsplätze entstehen können", so Seidel weiter. Wie es auf dem Areal einmal aussehen wird, zeigt heute schon ein Blick Richtung Süden und Westen: Im dortigen, 45 Hektar großen Garbe-Logistikpark haben sich bereits namhafte Unternehmen wie Amazon, Decathlon, der Dortmunder Abfüll- und Verpackungsanlagenhersteller KHS und der Bahn-Spediteur Schenker angesiedelt.

Weitere Informationen
www.dortmund-logistik.de

FOTO: DORTMUND LOGISTIK GMBH/HANS BLOSSEY

DSW21 GRUPPE

www.einundzwanzig.de

MOBILITÄT + LOGISTIK

ENERGIE + WASSER

LEBENSRÄUME

DATENNETZE

Anzeigen-Sonderveröffentlichung 09-10/2017

Auf dem Weg zu Hessens kleinster Großstadt

In Hanau wird ein Kasernengelände zum neuen Stadtquartier

Autor Claus Kaminsky, Oberbürgermeister der Stadt Hanau

Von der größten Kleinstadt Hessens zur kleinsten Großstadt Hessens – das ist der Weg, den wir derzeit in Hanau beschreiten. In den zurückliegenden zehn Jahren ist die Bevölkerung um fast 10.000 Menschen angewachsen. Bei aktuell 97.500 Einwohnern ist es nur eine Frage der Zeit, bis wir die 100.000-Einwohner-Marke erreichen werden. Es geht dabei aber nicht um das Wachstum allein, sondern um ein qualitätsvolles Wachstum. Diesem Anspruch wollen wir mit der Entwicklung der ehemaligen Pioneer-Kaserne in den kommenden Jahren Rechnung tragen. Auf fast 50 Hektar wollen wir ein innovatives Wohnquartier schaffen, das Strahlkraft in die gesamte Rhein-Main-Region entfaltet. Um das zu gewährleisten, haben wir einen neuen Weg der Kooperation von öffentlicher Hand und privatem Kapital eingeleitet.

Der Abzug der amerikanischen Streitkräfte im Jahr 2008 hat die Stadt Hanau vor große Herausforderungen gestellt: Für rund 340 Hektar Fläche galt es, neue Nutzungsformen zu finden. Wir haben diese Herausforderungen frühzeitig als große Chance begriffen, unsere Stadt in der Wachstums-Region Rhein-Main neu zu positionieren – als lebendige Stadt mit einer hohen Lebensqualität und modernen Arbeitsplätzen. Dank der hervorragenden Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) ist auf einem Großteil der ehemaligen Kasernenflächen bereits neues Leben eingekehrt.

Stadt und privates Kapital stemmen den Umbau gemeinsam

Die Pioneer-Kaserne ist gleichwohl das größte Konversionsprojekt. Eine Steuerung der städtebaulichen Qualität ist meiner Auffassung nach bei einem Projekt dieser Größenordnung allein über das Planungsrecht nicht zu erreichen. Um die Ziele der Stadt umsetzen zu können, haben wir deshalb von der kommunalen Erstzugriffsoption Gebrauch gemacht – und gleichzeitig einen Weg gesucht, der kommunales Engagement mit privatem Investment und Know-how verbindet. Vor gut eineinhalb Jahren haben wir die Suche nach einem Entwicklungspartner mit einer europaweiten Ausschreibung gestartet. Das Vergabeverfahren war anspruchsvoll und in dieser Form ein Beispiel für die innovative Nutzung vergaberechtlicher Instrumentarien. Mit der DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG und der LEG Entwicklung GmbH, zwei Unternehmen der DSK | BIG Gruppe, haben wir qualifizierte und verlässliche Partner gefunden, die unsere anspruchsvollen Vorgaben nahezu zu 100 Prozent erfüllt haben. Ich empfinde es als großes Kompliment, wenn ein Stadtentwicklungsunternehmen mit dieser Reputation so deutlich „Ja" zu unserer Stadt und zu unserem Weg sagt.

Wohnraum für bis zu 5000 Menschen schaffen

Gemeinsam haben wir die LEG Hessen-Hanau gegründet, die das Areal nun entwickeln wird. An dieser neuen Gesellschaft sind die DSK | BIG Gruppe zu 90 Prozent und die städtische BauProjekt Hanau GmbH zu zehn Prozent beteiligt. Dabei geht es uns nicht nur um die Partizipation am wirtschaftlichen Erfolg. Vielmehr wollen wir auch die Steuerung im Sinne unserer Stadtentwicklungsziele aus der Eigentümerrolle heraus nicht aus der Hand geben. Die gleichberechtigte Geschäftsführung in der LEG sichert den städtischen Einfluss bei der Quartiersgestaltung – auch über die Bauleitplanung hinaus.

Auf dem fast 50 Hektar großen Gelände sollen rund 1500 neue Wohneinheiten für unterschiedliche Bedürfnisse und Ansprüche entstehen. Individuell geplante Einfamilien- und Reihenhäuser sollen dort ebenso realisiert werden wie Stadtvillen und Geschosswohnungsbau. Das Planungsbüro „AS+P Albert Speer + Partner" hat den Auftrag erhalten, dem neuen Quartier ein Gesicht zu geben.

Dass unsere Hoffnungen, aus der ehemaligen Pioneer-Kaserne ein Vorzeigeprojekt zu machen, berechtigt sind, hat uns das große Interesse am Markt bereits bestätigt. Die Liste an interessierten Bauträgern ist lang, und die Verantwortlichen haben uns in den ersten Gesprächen bestätigt, dass das Projekt nicht nur wegen der Dimension und der geografischen Lage, sondern auch angesichts der innovativen Zusammenarbeit von Kommune und privatem Investor für sie hochinteressant ist. Schon im nächsten Jahr werden wir damit beginnen, Wohnraum für bis zu 5000 Menschen zu schaffen. Der Sprung zur Großstadt ist also wirklich nicht mehr fern.

Weitere Informationen www.hanau.de

Oberbürgermeister Claus Kaminsky (SPD)

PLATZ FÜR NEUES

5000

Menschen sollen auf dem ehemaligen Kasernengelände Wohnraum finden.

340

Hektar Fläche können nach dem Abzug der US-amerikanischen Streitkräfte im Jahr 2008 neu genutzt werden.

Modell des neuen Quartiers von Albert Speer und Partner

FOTOS: AS+P, STADT HANAU

RAG
Montan Immobilien

Seit 40 Jahren ist die RAG Montan Immobilien GmbH für die erfolgreiche Entwicklung von Flächen und Projekten bekannt.
Unser Spezialgebiet: Die gewinnbringende Revitalisierung von industriell vorgenutzten Arealen unter Ausnutzung der kompletten immobilienwirtschaftlichen Wertschöpfungskette. Mit allen Optionen, ohne einen Quadratmeter Fläche zu verschenken.

RAG Montan Immobilien GmbH
Im Welterbe 1-8, 45141 Essen
info@rag-montan-immobilien.de
www.rag-montan-immobilien.de

Die Zukunft ist unser Revier.

Die von SAM3 im Rahmen des „Metropolink"-Festivals gestaltete Hausfassade begrüßt seit Juli Bahnreisende und künftig auch die Besucher eines ehemaligen Industriegeländes, das zum Veranstaltungszentrum umgebaut wird.

Urbane Kunst als Faktor für die Stadtentwicklung

Street-Art setzt bei der Revitalisierung eines Industriegeländes in Schwäbisch Hall Akzente

Autoren Anna-Franziska Hof, Pressereferentin Stadt Schwäbisch Hall; Santiago Gomez, stellvertretender Leiter des städtischen Kulturbüros

Seit Juli 2017 begrüßt ein riesiger, geheimnisvoller Schattenkopf auf einer 27 Meter hohen Hausfassade die Bahnreisenden in Schwäbisch Hall-Hessental. Erst bei näherer Betrachtung entpuppt sich die Figur als eine babelartige, in die Höhe steigende Stadt voller Fenster und Treppenabsätze. In ihrer Hand hält sie eine leuchtende Feuerzunge, die ein Geheimnis zu verbergen scheint. Sie ist die Arbeit des bedeutenden Street-Art-Künstlers SAM3, der die Fassade an dem ehemaligen Industriestandort im Rahmen des dritten „Metropolink"-Festivals für die Stadt Schwäbisch Hall gestaltet hat. Der spanische Künstler ist europaweit vernetzt, arbeitete mit Banksy zusammen und gilt als aufstrebender Stern der Street-Art-Szene.

> **Auch ländliche Räume brauchen urbane Zentren.**
>
> Hermann-Josef Pelgrim, Oberbürgermeister

Positive Effekte auf mehreren Ebenen

Schwäbisch Hall beteiligte sich 2017 zum ersten Mal an dem Heidelberger Festival für Urbane Kunst, das sich seit drei Jahren für die Entwicklung neuer kreativer Strukturen im öffentlichen Raum einsetzt. In Heidelberg hat sich durch den künstlerischen Eingriff in das Stadtgefüge ein positiver Effekt eingestellt, von dem nun auch Schwäbisch Hall auf mehreren Ebenen wie der Umwegrentabilität, dem Imagegewinn und der Stadtentwicklung profitieren kann. Dieses Phänomen war bislang überwiegend in den Großstädten Deutschlands zu beobachten, die sich auch dadurch als offener und kreativer urbaner Raum definieren. Dass diese Eigenschaften auch auf eine Stadt wie

FOTO: HANS KUMPF

Schwäbisch Hall zutreffen, deren Profil als Kulturstadt für die Wirtschaftsregion Hohenlohe im Stadtentwicklungskonzept festgeschrieben ist, bestätigt die hiesige Kulturlandschaft mit einem hochqualitativen Programm ehrenamtlicher Vereine bis hin zur Kunsthalle Würth und den Freilichtspielen.

Die Finanzierung von innovativen Kulturprojekten spielt in Schwäbisch Halls Strategie zur Stadtentwicklung genauso eine Rolle wie die konsequente Weiterführung der politischen Linie der letzten Jahrzehnte. Denn Hall hat sich seit jeher als Kulturstandort etabliert. „Auch ländliche Räume brauchen urbane Zentren. Kultur und Kunst können dazu beitragen, kleinere und mittlere Städte wie Schwäbisch Hall mit ihren rund 40.000 Einwohnern attraktiv zu halten“, sagt Oberbürgermeister Hermann-Josef Pelgrim. Für ansässige Wirtschaftsunternehmen sei ein breites kulturelles Angebot ein weiterer Grund dafür, in der Stadt zu bleiben.

Mit der Umsetzung der Wandbemalung im Rahmen des „Metropolink”-Festivals öffnet Schwäbisch Hall eine weitere Tür für Subkultur in der Stadt, für die innerhalb der Bevölkerung eine starke Nachfrage besteht. Ohnehin hat Schwäbisch Hall mit dem Club Alpha eines der ältesten soziokulturellen Zentren Deutschlands, das gerade erst mit finanzieller und ideeller Unterstützung der Stadt umgezogen ist. „Subkultur hat genauso ihren Platz in unserer Gesellschaft wie das klassische Theater, Ballett oder die Oper“, ist Pelgrim überzeugt.

Aushängeschild für reaktiviertes „Karl-Kurz-Areal”

Der künstlerische Beitrag für das „Metropolink”-Festival in Schwäbisch Hall markiert zugleich den Startpunkt für die Reaktivierung des ehemaligen Industriestandortes „Karl-Kurz-Areal“, mit dem die Grundstücks- und Wohnungsbaugesellschaft Schwäbisch Hall (GWG) beauftragt ist. Das rund 40.000 Quadratmeter große Gelände, auf dem sich eine seit Jahren leerstehende ehemalige Fassfabrik befindet, wird in den nächsten Monaten von der städtischen Tochtergesellschaft zum Tagungs- und Veranstaltungszentrum umgebaut. Der industrielle Charme wird erhalten bleiben und mit modernen Elementen kombiniert. Auf mehr als 15.000 Quadratmetern bietet das Gebäude Platz für einen großen Tagungssaal, mehrere Tagungsräume für Seminare, Messen, Kongresse, Märkte, Feiern und weitere Nutzungsmöglichkeiten. Kombiniert wird das Angebot mit Büroflächen für Mieter und Eigentümer etwa aus Verwaltung und Eventmanagement.

Kunsthistorische Untersuchungen der im „Karl-Kurz-Areal” gestalteten Hausfassade könnten in Zukunft für eine Überraschung sorgen. Hinter der abgebildeten Flamme, die die Fingerspitze der Figur ziert, verbirgt sich eine weitere Figur. Als der Künstler SAM3 angesprochen wurde, um wen es sich hierbei handelt, sagte dieser, es sei Ikarus. Am nächsten Tag, bei der Eröffnung des „Metropolink”-Festivals, war die Figur jedoch hinter einer Flamme verschwunden. Ob sie wie ihr mythologisches Vorbild der Sonne zu nahe gekommen ist, bleibt offen. Offiziell trägt das Kunstwerk keinen Titel. Der Künstler hat es aber Ikarus genannt.

Aufgrund der außergewöhnlich guten Reaktionen auf „Metropolink“ lassen sich schon jetzt erste Effekte beobachten: Das Wandgemälde von SAM3 sorgt für Stadtgespräche und einen hohen Besucheranteil an einer Stelle, die bislang ein unscheinbares Dasein fristete. Die wirkungsvoll gestaltete Profilfigur begrüßt nicht nur die Bahnreisenden, sondern in Zukunft auch die Besucher des Kongresszentrums „Karl-Kurz-Areal“. Fassadenkunst wird definitiv eine Fortsetzung in Schwäbisch Hall finden.

IMPRESSUM

ASK. Agentur für Sales und Kommunikation GmbH,
Gewerbehof Bülowbogen,Hof D, Eingang D1,
Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Tel. (030) 740 73 16-00, Fax (030) 740 73 16-75
E-Mail: info@ask.de

Projektleitung/Anzeigen:
Henning Witzel, Tel. (030) 740 73 16-36

Redaktion: Carl-Friedrich Höck

Layout: Heidemarie Lehmann

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG,
Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Anzeige

ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen

EINE WELT BEGINNT VOR ORT

Die **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** steht Kommunen in Deutschland als Partner in allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Dabei beraten, informieren und fördern wir sie in unseren Zukunftsthemen

- Fairer Handel und Faire Beschaffung
- Global Nachhaltige Kommune
- Kommunale Partnerschaften und internationale Kommunalbeziehungen
- Migration und Entwicklung

Die **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** ist Teil der ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH | Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7 | 53113 Bonn | www.engagement-global.de
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: **www.service-eine-welt.de | info@service-eine-welt.de**

Im Auftrag des
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Anzeigen-Sonderveröffentlichung 09-10/2017

Sechs-Punkte-Plan für Mobilität

Der öffentliche Verkehr braucht eine entschlossene Politik für mehr Wachstum und Innovationen

Autor Jürgen Fenske

Deutschland verfügt über einen modernen und hocheffizienten öffentlichen Verkehr. 63.000 Busse und Bahnen befördern jährlich über zehn Milliarden Fahrgäste in diesem Land. Bund und Länder leisten mit ihrer finanziellen Unterstützung und durch Festlegung des Rechts- und Ordnungsrahmens dabei einen entscheidenden Beitrag für ein leistungsstarkes Bus- und Bahnangebot für alle Bürgerinnen und Bürger.

Doch angesichts der großen verkehrlichen Herausforderungen, vor denen Deutschland in den kommenden Jahren steht, sind weitere gemeinsame Anstrengungen der Branche und der politischen Entscheider notwendig. Die Branche will weiter wachsen, und zwar nicht nur mit dem Mobilitätsmarkt, sondern die Unternehmen wollen auch Marktanteile hinzugewinnen. Um das zu erreichen genügen nicht allein die Bemühungen und der Wille der Verkehrsunternehmen. Vielmehr braucht es einen umfassenden, mit der Politik gemeinsam festgelegten Entwicklungspfad für die oft genannte aber bislang nie gelungene Verkehrswende in Deutschland.

Die Mobilität der Zukunft gemeinsam gestalten

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) hat als Branchenverband des öffentlicher Personen- und Schienengüterverkehrs dazu sechs Punkte formuliert, die es aus Sicht der Branche gemeinsam mit der neuen Bundesregie rung, den Ländern und Kommunen umzusetzen gilt.

1. Den kommunalen ÖPNV stärken: Mit acht von zehn Milliarden Fahrgästen macht der kommunale ÖPNV den größten Anteil am öffentlichen Personenverkehr aus. Damit mehr Fahrgäste auf umweltfreundliche Busse und Bahnen umsteigen, sind gerade in Ballungsräumen und Großstädten Ausbau und Erneuerung der Systeme unabdingbar. Doch allein der Sanierungsstau im kommunalen ÖPNV beläuft sich inzwischen auf 4,7 Milliarden Euro. Deshalb ist ein zeitlich begrenztes, aber in der Höhe bedarfsgerechtes Sonderprogramm des Bundes und der Länder zur Auflösung des kommunalen ÖPNV-Sanierungsstaues notwendig.

2. Erhaltungs- und Wachstumsinvestitionen für das deutsche Schienennetz erhöhen: Nachdem der Bundesverkehrswegeplan 2030 beschlossen ist, kommt es nun darauf an, diesen in den nächsten Jahren umzusetzen und dafür die notwendigen Haushaltsmittel bereitzustellen.

3. Schienengüterverkehr stärken: Die Maßnahmen im Masterplan Schienengüterverkehr müssen zügig umgesetzt werden, um die gesetzlichen Rahmenbedingungen für einen fairen Wettbewerb im Güterverkehr zu schaffen. Das bedeutet vor allem ausreichende Investitionen ins Netz und in die Elektrifizierung von Strecken, eine deutliche Entlastung bei den Trassenentgelten und die Beseitigung von Kostenbelastungen bei den Energiesteuern.

4. Eine nationale Mobilitätsplattform entwickeln: Wir wollen als Branche eine nationale Mobilitätsplattform schaffen, um unseren Fahrgästen ein umfassendes und kundengerechtes Angebot von verschiedenen umweltfreundlichen Verkehrsmitteln offerieren zu können, die untereinander individuell auf einer gemeinsamen Online-Plattform vernetzt und gebucht werden können.

Jürgen Fenske, VDV-Präsident

„Der Plan ‚Deutschland Mobil 2030' führt zu einer Stärkung des öffentlichen Verkehrs in Deutschland."

5. Smart Mobility als Verknüpfung der Verkehrsträger im Sinne des Umweltverbundes ausbauen: Smart Mobility ist das Mobilitätskonzept der Zukunft und bedeutet die Vernetzung umweltfreundlicher Verkehrsträger: Bahn, Bus, Radfahren, Carsharing und das Zufußgehen. Es gilt, in den nächsten Jahren Smart Mobility weiter auszubauen.

6. Förderung für Elektromobilität beim Bus und der Ladeinfrastruktur fortsetzen: Die Unternehmen im ÖPNV stellen sich auch dieser Herausforderung und investieren in diese technische Innovation. In vielen Städten werden inzwischen E-Busse eingesetzt oder erprobt. Der E-Bus ist jedoch in der Anschaffung doppelt so teuer wie ein Dieselbus. Und auch der Betrieb von E-Bussen ist mit enormen Kosten verbunden. Daher wünschen wir uns für die kommende Legislatur die Fortführung der E-Bus-Förderung und die Erhöhung der Mittel, da der Bedarf zunehmen wird.

Wir sind davon überzeugt: Eine zeitnahe Umsetzung dieses Sechs-Punkte-Planes „Deutschland Mobil 2030" führt zu einer nachhaltigen Stärkung des öffentlichen Verkehrs in Deutschland und zu einer Erhöhung unserer Marktanteile im Mobilitätsmarkt. Die Branche steht bereit, um ihren Beitrag dazu zu leisten.

Weitere Informationen
www.vdv.de

FOTO: VDV; ISTOCKPHOTO · NIKADA · DB AG ETC.

Den ÖPNV in Deutschland nachhaltig stärken – dazu sind gemeinsame Anstrengungen von Verkehrsunternehmen und Politik gefragt.

Digitaler Wahlkampf

Anke Knopp schreibt über eine gescheiterte Kandidatur

Es war eine Art Selbstversuch: Die Politikwissenschaftlerin und Bloggerin Anke Knopp hat für die Bürgermeisterwahl in Gütersloh 2015 kandidiert. Einer Partei gehörte sie nicht an, aber sie ärgerte sich über den schleppenden Breitbandausbau und die aus ihrer Sicht mangelhafte Bürgerbeteiligung. Und sie wollte die digitale Transformation ihrer Stadt vorantreiben. Auch den Wahlkampf führte sie mit digitalen Mitteln: Wenn die anderen Bewerber Plakate klebten, produzierte sie einen Youtube-Clip oder schrieb neue Blogbeiträge. Als „Achterbahn der Gefühle" beschreibt sie die neun Monate ihrer Kandidatur. Am Ende standen eine deutliche Wahlniederlage und viele neue Erfahrungen.

Die hat Anke Knopp nun in einem Buch zusammengefasst. Auf 238 Seiten schildert sie ihren Wahlkampf und reflektiert Teilerfolge und die Gründe ihres Scheiterns. Gegenüber den Parteikandidaten fühlte sie sich als Einzelbewerberin benachteiligt,

überhaupt kann die Autorin mit den Strukturen und Mechanismen der Parteien offenbar wenig anfangen. Daran kann man sich stoßen. Aber wer sich auf das Buch einlässt, liest einen unterhaltsamen Erfahrungsbericht und gewinnt neue Perspektiven auf den Politikbetrieb. „Kann man mit Digitalisierung eine Wahl gewinnen?", fragt sie zum Schluss. Und antwortet: „Gestern nicht, heute nicht – morgen aber mit Sicherheit."

Anke Knopp:
Wahltag.
Wie ich kandidierte, einen digitalen Wahlkampf führte und verlor
Wochenschau-Verlag, 2017, 238 Seiten, 16,90 Euro, ISBN 978-3-7344-0483-2

Was der Gemeinden Recht ist

Eine Studie zum Recht auf Selbstverwaltung

In Artikel 28, Absatz 2 des Grundgesetzes heißt es: „Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln." Wie ist diese Vorgabe zu interpretieren? Dass hierüber gestritten werden kann, zeigt ein Beispiel aus Sachsen-Anhalt: Anfang 2013 hat ein Kinderförderungsgesetz die Landkreise als kommunale Partnerschaften zum Vertragspartner für Kitas erklärt. Städte und Gemeinden waren weiterhin für die Finanzierung sowie die Beitragsfestsetzung verantwortlich, durften aber die Grundlagenvereinbarung nicht mehr mitverhandeln. Zahlreiche kreisangehörige Städte und Gemeinden klagten vor dem Landesverfassungsgericht – erfolglos, weil die Landesverfassung keinen Unterschied zwischen Gemeinden und Landkreisen macht. Diese Entscheidung war ein Ausgangspunkt der Studie „Kommunale

Selbstverwaltung im Föderalstaat." Die Autoren gehen unter anderem der Frage nach, ob eine Verfassungsklage möglich ist, wenn ein Landesverfassungsgericht den Gemeinden einen geringeren Schutz der kommunalen Selbstverwaltung zuspricht, als er sich aus dem Grundgesetz ergibt. Letzteres gebe einen Mindeststandard vor, der nicht unterschritten werden darf, urteilen sie. *CFH*

Autoren: Johannes Dietlein, Sascha D. Peters
Kommunale Selbstverwaltung im Föderalstaat
Kommunal- und Schul-Verlag, 2017, 137 Seiten, 29,80 Euro, ISBN 978-3829313087

Wahlen

Im Wettstreit mehrerer Einzelbewerber in Gingen an der Brenz hatte **Dieter Henle** schlussendlich die Nase vorn. Der parteilose, von der CDU unterstützte Kandidat wurde am 30. Juli zum nächsten Oberbürgermeister gewählt. Für ihn votierten 59,2 Prozent der Wähler. **Thilo Michler**, ebenfalls parteilos, bleibt Oberbürgermeister der baden-württembergischen Stadt Öhringen. Der Amtsinhaber wurde am 23. Juli mit 89,5 Prozent der Wählerstimmen wiedergewählt. Auch in der Stadt Horb am Neckar bleibt der bisherige Rathauschef im Amt. **Peter Rosenberger** (CDU) setzte sich in der Wahl am 16. Juli mit 71,0 Prozent durch. Weitermachen kann auch **Cornelia Petzold-Schick** als Oberbürgermeisterin von Bruchsal. Sie wurde von SPD, Grünen, FDP und Freien Wählern unterstützt – und bei der Wahl am 9. Juli von 77,8 Prozent der Wähler.

Termine

FES-Kommunalakademie Modul I: Kommunales Selbstverständnis, Rollen und Kompetenzen
22.09.2017 – 23.09.2017, Bonn
fes.de/kommunalakademie

Themenseminar „Erneuerbare Wärme – kommunale Vorbilder zum Nachahmen"
27.09.2017, Frankfurt am Main
klimaschutz.de/themenseminar-frankfurt

Tagung „Kommunalwahlen, Beteiligung und Legitimation lokaler Demokratie"
13.10.2017, Stuttgart
dstgb.de/veranstaltungen

11. Fahrradkommunalkonferenz
06.11.2017 – 07.11.2017, Berlin
https://nationaler-radverkehrsplan.de/fahrradakademie/seminar/19839

Veranstaltung zum Modellvorhaben „Im ländlichen Raum innovativ mobil"
07.11.2017, Bad Saulgau (LK Sigmaringen)
modellvorhaben-versorgung-mobilitaet.de

12. DEMO-Kommunalkongress
16.11.2017 – 17.11.2017, Berlin
demo-kommunalkongress.de

Anzeige

Ausschreibung „DEMO-Kommunalfuchs 2016"

Bereits zum zwölften Mal werden in diesem Jahr die DEMO-Kommunalfüchse verliehen.

BUNDESWEIT SUCHEN WIR BEISPIELE FÜR INTELLIGENTE KOMMUNALPOLITIK.

Mit den Kommunalfüchsen würdigt die Kommunalzeitschrift DEMO jedes Jahr Personen und Institutionen für ihr herausragendes kommunalpolitisches Engagement. 2017 werden wieder **drei Kommunalfüchse** vergeben. Zwei für herausragende kommunalpolitische Projekte sowie ein Ehrenpreis für das kommunalpolitische Lebenswerk.

Vorsitzender der Jury ist in diesem Jahr **Thorsten Schäfer-Gümbel**, stellvertretender Parteivorsitzender der SPD.

Die Preisverleihung findet im Rahmen des 12. DEMO-Kommunalkongresses am 17. November 2017 in Berlin vor rund 350 Kommunalpolitikerinnen und -politikern aus dem ganzen Bundesgebiet statt.

Kandidatenvorschläge oder Eigenbewerbungen mit einer kurzen Projektbeschreibung (bitte max. zwei DIN-A4-Seiten) sowie eventuell weitere relevante Unterlagen bitte bis zum 13. Oktober 2017 an:

Demokratische Gemeinde
Jury DEMO Kommunalfuchs 2017
Stresemannstr. 30
10963 Berlin
E-Mail: witzel@demo-online.de

DEMO Kommunalfuchs

Von Drohnen und Adlern

Gefährliches Spielzeug, potenzielle Waffe, nützlicher Helfer – viel Lärm um Drohnen in den Kommunen

Autorin Karin Billanitsch

In nicht allzu ferner Zukunft werden über Deutschland eine Million kleine unbemannte Flugobjekte, vulgo Drohnen genannt, schweben. „Sie sind beliebt und machen viel Spaß", stellt die Deutsche Flugsicherung in einer Mitteilung fest – und diesen Spaß wollen manche sich nicht von Verordnungen verderben lassen. In München kam im vergangenen Jahr eine Drohne einem Passagierflugzeug im Landeanflug auf 1700 Metern Höhe gefährlich nahe. Im baden-württembergischen Stuttart ist es verboten, im Bereich des Fernsehturmes Drohnen fliegen zu lassen – doch Besucher der Aussichtsplattform sahen sich im Frühjahr Auge in Auge mit einem Mini-Helikopter, bis er abstürzte.

Achtung – Dohne im Anflug. Immer mehr Geräte machen den Luftraum unsicher.

Adlerstaffeln sollen Sprengstoff-Drohnen abwehren

Drohnenbesitzer können mit ihrem willkürlich herumschwebenden Spielzeug nicht nur unabsichtlich Schaden anrichten. Über die Abwehr von gefährlichen, etwa mit Sprengstoff versehenen, Drohnen zerbrechen sich derzeit viele Sicherheitsexperten den Kopf. Technische Drohnenabwehrsysteme sind hier im Gespräch mit Störsendern oder Laserkanonen. Unsere Nachbarländer Niederlande oder Frankreich setzen auf natürliche Lösungen und haben Adlerstaffeln erprobt. Ein Aprilscherz? Nein! Die Greifvögel sehen die Miniflieger als Beute an und holen sie aus der Luft. Grund genug für die CDU in Brandenburg, sich bei der Terrordrohnen-Bekämpfung zwischen Lausitz und Priegnitz für die Adlerlösung einzusetzen. Getreu dem Motto der Landeshymne: „Steige hoch, Du roter Adler." Wird künftig über der Potsdamer Schlössernacht oder dem Zossener Weinfest ein scharfäugiger Wächter in der Luft kreisen?

Behörden haben auch ihrerseits entdeckt, wie nützlich der Einsatz von Drohnen sein kann. In Spanien, zum Beispiel auf den Balearen, machen die Behörden Luftbilder, um Schwarzbauten aufzuspüren. Die Eigentümer von schwarz errichteten Anbauten, Garagen oder Swimming-Pools bekamen daraufhin Post mit Gebühren- oder Steuernachforderungen. Auch in Deutschland werten viele Kommunen wie etwa Iserlohn schon Luftbilder aus, um sie mit ihren Katastereintragungen zu vergleichen – da ist der Schritt zum Kauf einer Drohne nicht mehr weit.

Drohnen verjagen Gänse von der Liegewiese

Einsatzmöglichkeiten gibt es viele: Das städtische Bäderamt in Koblenz will mit Drohnen Gäste, äh, Gänse von den Liegewiesen vertreiben. Und jüngst hat die Stadt Baden Baden einen der Miniflugkörper angeschafft, der aus der Luft Flächen oder Objekte vermessen soll. Der Praxistext bestand darin, die örtliche Mülldeponie zu vermessen, was in sieben Stunden, statt bislang in 80 Stunden erledigt war. Ob während des Fluges dahin, sozusagen als Beifang, auch einige Schwarzbauten oder Gänse aufgeflogen sind, ist nicht überliefert.

Übrigens hat Japan den Einsatz von Adlern zur Drohnenabwehr bereits verworfen. Statt dessen steigen Drohnen hoch – mit Fangnetzen. Sayonara, roter Adler!

DEMO 11-12/2017
erscheint am 8. Dezember 2017

mit folgenden Themen:

Arbeit in den Kommunen: Arbeitsmarktpolitische Aufgaben und veränderte Arbeitswelten, die Integration von Langzeitarbeitslosen, Flüchtlingen oder jungen Menschen in den Arbeitsmarkt sind Herausforderungen. Die Kommune ist aber auch selbst Arbeitgeber und muss Personal finden und fördern. Der Report dreht sich um **Kommunale Dienstleistungen.**

Impressum

Demokratische Gemeinde,
Fachorgan der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (Bundes-SGK)
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Postfach 61 03 22, 10925 Berlin
Telefon: (030) 255 94-200
Telefax: (030) 255 94-290
E-Mail: redaktion@demo-online.de
Internet: www.demo-online.de

Herausgeber:
Frank Baranowski, Vorsitzender der Bundes-SGK

Redaktion: Karin Nink (Chefredakteurin), Karin Billanitsch (Leitende Redakteurin), Carl-Friedrich Höck (Redakteur)
Telefon: (030) 255 94-355

Produktionsleitung: Dagmar Günther

Layout/Sekretariat: Heidemarie Lehmann
Telefon: (030) 255 94-200

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Stresemannstraße 30, 10963 Berlin, Postfach 61 03 22, 10925 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Geschäftsführer: Karin Nink, Kerstin Thomberg

Anzeigen/Vertrieb: ASK. Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Gewerbehof Bülowbogen,Hof D, Eingang D1, Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Telefon: (030) 740 73 16-00
Telefax: (030) 740 73 16-20

Anzeigen: Henning Witzel (Verkauf/Projektleitung)
Telefon: (030) 740 73 16-36

Gültige Anzeigen-Preisliste: Nr. 34 vom 1. Januar 2017

Vertrieb: Stefanie Martin
Telefon: (030) 740 73 16-61

Die DEMO erscheint mit sechs regulären Ausgaben im Jahr und zusätzlich mit vier DEMO Sonderheften/Impulse

Abonnementverwaltung:
IPS Datenservice GmbH,
Carl-Zeiss-Str. 5, 53340 Meckenheim
Telefon: (02225) 70 85-366
Telefax: (02225) 70 85-399
E-Mail: abo-vorwaerts@ips-d.de

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahres-Abonnement: 60 € (inkl. Versand und 7 % MwSt.); für Schüler und Studenten (Nachweis erforderlich) 40 €

Jahres-Abonnement (Ausland): 60 € zzgl. Versandkosten

Die Abonnements verlängern sich jeweils um ein Jahr, sofern nicht spätestens drei Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Bei Nichterscheinen der Zeitung oder Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages und im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Leistung, Schadenersatz oder auf Minderung des Bezugspreises.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Litho: Satzstudio Neue Westfälische Gmbh & Co KG
Titel: metagate Berlin GmbH

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld,
Telefon: (05205) 14 700
Telefax: (05205) 14 704
E-Mail: kontakt@kuester-pressedruck.de

Zugleich Versandanschrift für Beilagen und Beihefter mit Zusatz „Warenannahme".

FOTOS: PIXELFREUND/ STOCK.ADOBE.COM; THOMAS IMO/PHOTOTHEK.NET

ANZEIGE

12. DEMO-Kommunalkongress
»WIR IN DEN KOMMUNEN«

16.–17. November 2017
GEMEINDEZENTRUM SCHÖNEBERG
Hauptstraße 125 A, 10827 Berlin-Schöneberg

POLITIK FÜR DIE ZUKUNFT UNSERER KOMMUNEN

Auf dem **12. DEMO-Kommunalkongress am 16. und 17. November 2017** trifft sich wieder die kommunale Familie in Berlin.

Unter dem Motto „WIR IN DEN KOMMUNEN" möchten wir mit Ihnen diskutieren, wie wir angesichts der aktuellen Herausforderungen die Zukunft unserer Kommunen gestalten können.

Der DEMO-Kommunalkongress ist ein Treffpunkt für haupt- und ehrenamtliche Politiker und Fachleute aus Wirtschaft und Verwaltung. Wir wollen Ihnen die Möglichkeit für einen guten Austausch geben, neue Handlungsperspektiven eröffnen und Best-Practice-Beispiele präsentieren. Es erwartet Sie ein vielfältiges, interaktives Programm mit fachkundigen Rednern und Referenten.

Auf der begleitenden **Fachausstellung** des DEMO-Kommunalkongresses stellen eine Vielzahl von Unternehmen und Verbänden ihre Produkte und Dienstleistungen für den kommunalen Sektor vor.

Der **Kommunale Abend** am 16. November bietet bei gutem Essen und Musik viele Gelegenheiten, miteinander ins Gespräch zu kommen.

Wir laden Sie herzlich ein, dabei zu sein.

Ihr Team der DEMO

PROGRAMMÜBERBLICK

Donnerstag, 16.11.2017

09.30 Einlass und Akkreditierung

10.15 Begrüßung **Karin Nink,** Geschäftsführerin vorwärts Verlag, Chefredakteurin DEMO

10.20 Grußwort
Michael Schickhofer, Landeshauptmann-Stellvertreter, Landesvorsitzender der SPÖ Steiermark

10.25 Einführung in den Tag

10.30 **LEITVORTRAG**
Hubertus Heil, Generalsekretär der SPD

11.15 **LEITVORTRAG**

12.00 Lunch

13.00 **3 PARALLELE WORKSHOPS**
- Politik in der Kommune: Hauptamt und Ehrenamt Hand in Hand
- Kommunale Steuerung: Verwaltungsmodernisierung und eGovernment
- Standort Kommune: Stadtwerke – fit für die Zukunft

14.45 **LEITVORTRAG**
Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg

15.30 Kaffeepause

16.15 – 18.00 **3 PARALLELE WORKSHOPS**
- Politik in der Kommune: Akzeptanz – wie Kommunalpolitik begeistern kann
- Kommunale Steuerung: Kommunalfinanzen im Fokus
- Standort Kommune: Kommunale Wirtschaftsförderung

Kommunaler Abend im Wasserwerk Berlin

18.30 Grußwort
Buffet, Musik und Get together

Freitag, 17.11.2017

09.00 Einlass und Akkreditierung

09.20 Begrüßung **Karin Nink,** Geschäftsführerin vorwärts Verlag, Chefredakteurin DEMO

09.25 Einführung in den Tag

09.35 **LEITVORTRAG**
Frank Baranowski, Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen, Vorsitzender der Bundes-SGK

09.55 **LEITVORTRAG**
Thorsten Schäfer Gümbel, Stellvertretender Vorsitzender der SPD

10.15 **Verleihung der DEMO-Kommunalfüchse** für herausragende kommunalpolitische Projekte

11.00 Pause

11.30 **3 PARALLELE WORKSHOPS**
- Politik in der Kommune: Wachsender Populismus – was tun vor Ort?
- Kommunale Steuerung: Flüchtlingsmanagement in der Praxis
- Standort Kommune: Neue Mobilität in Stadt und Land

13.15 Lunch / Ende

Online-Anmeldung und weitere Informationen zum Programm, zu den Referenten, zu Hotelkontingenten… finden Sie unter ***www.demo-kommunalkongress.de***

ANMELDUNG

· per Fax: 030/740 73 16-54
· per Post: DEMO – Demokratische Gemeinde, -Kommunalkongress-, Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
· online: www.demo-kommunalkongress.de/anmeldung

Hiermit melde ich mich verbindlich als Teilnehmer/in zum 12. Kommunalkongress der DEMO vom 16.–17. November 2017 an.

Die Teilnahme kostet inkl. 19% Mehrwertsteuer:

☐ für DEMO-Abonnenten und SGK-Mitglieder	69,00 Euro
☐ für Kommunalpolitiker/innen und Verwaltungsmitglieder	149,00 Euro
☐ für Vertreter/innen der Wirtschaft	299,00 Euro
☐ für Absolventen der Kommunalakademie	kostenlos

Zutreffendes bitte ankreuzen.
Sonderkonditionen für Fraktionen und andere Gruppen auf Anfrage.

Vorname* Nachname*

Kommune/Firma/Organisation

Straße + Hausnummer*

PLZ/Ort*

E-Mail-Adresse*

✘ Datum* Unterschrift*

*Pflichtfelder

Weitere Infos unter *www.demo-kommunalkongress.de*

Wie heißt die größte Chance Ihres Stadtwerkes?

Zukunft!

Lassen Sie uns gemeinsam die Zukunft
Ihres Stadtwerkes erfolgreich gestalten!
www.stadtwerkezukunft.de

thüga
Das große Plus der Gemeinschaft